Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

11.02.1932 (Nr. 35)

Visual Library

BWZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Donnerstag, 11. Februar 1932 • Nummer 35

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25578

Die BWZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gesp Nonp.-Zeile Rm. 0,25, auswärts Rm. 0,30, im Textteil die 4gespalt. Textzeile Rm. 0,80, auswärts Rm. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen Rm. 0,10. Kleine Anzeigen Rm. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Wer macht das nach?

Gau Groß-Berlin hat für heute 23 Massenversammlungen angesetzt mit der Parole: „Die Arbeiter wollen Arbeit, nicht Almosen". Der Weg dazu wird diesen armen deutschen Volksgenossen durch die nationalsozialistischen Redner gewiesen. — Welche Partei ist imstande, 23 Säle und nicht etwa die kleinsten, an einem Abend zu füllen? Nur die Kraft des Nationalsozialismus kann so etwas.

Wieder 2 SA.-Männer gefallen

Grandi greift an!

Statt Brüning vertritt Grandi Deutschlands Belange!

Genf, 10. Febr. Der italienische Außenminister Grandi hielt heute in der Abrüstungskonferenz eine aufsehenerregende politische Rede, in der er mit ungewöhnlicher Offenheit und größter Entschiedenheit Aufhebung des Rüstungsstandes zwischen Sieger- und besiegten Staaten forderte und die schwer gerüsteten Großmächte aufforderte, die im Versailler Vertrag, im Völkerbund- und Locarno-Vertrag übernommenen Verpflichtungen jetzt endgültig v ständig durchzuführen, da dies der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen katastrophalen Lage sei. In langen, rein politisch gehaltenen Ausführungen trat Grandi mit großer Schärfe der französischen Sicherheitsthese und Gewaltpolitik entgegen, die er als die großen Gefahren der Zukunft bezeichnete.

Grandi führte u. a. aus: Seit dem Ende des Krieges hat ein Wettrüsten ohnegleichen eingesetzt. Die Heereshaushalte in allen Ländern sind ins uferlose angestiegen. Das Wettrüsten hat merkwürdigerweise gleichzeitig mit dem Ausbau des Sicherheitsgedankens, mit dem Abschluß des Locarnovertrages und des Kellogvertrages und des allgemeinen Schiedsgerichtsvertrages eingesetzt. **Hieraus geht deutlich hervor, daß der Ausbau von Sicherheitsgarantien weder das Abrüsten aufhält, noch das System des bewaffneten Friedens beseitigen kann.** Dieses System kann nur durch die unmittelbare Herabsetzung der Rüstungen überwunden werden.

Aufgabe der Konferenz ist es, die Gerechtigkeit zu stärken und nicht die Gewalt zu rechtfertigen

Alle bisherigen Theorien bilden nur eine Fassade, hinter der sich die Wahrheit verbirgt. Die Methode der Gewalt ist die für den Frieden denkbar gefährlichste. Wenn die Konferenz wirklich den Frieden schaffen will, so darf sie sich keinen Illusionen darüber hingeben, daß ein dauerhafter Frieden nur auf Gerechtigkeit aufgebaut werden kann. Es ist eine außerordentlich gefährliche Auffassung, die zuerst Frieden und dann Gerechtigkeit schaffen will. Der Friede ist nicht ein blinder Glaube oder ein leeres Ideal. **Wenn man weiter wie bisher eine Politik der Rüstungen, der nackten Ichsucht und des Unverständnisses gegenüber den wahren Strömungen der Epoche zeigt, so muß der Frieden zusammenbrechen.** Der Chef der italienischen Regierung hat bereits die italienische Abrüstungspolitik scharf umrissen: Gleichheit des Rechts für alle Staaten und Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß.

Die Friedensverträge bestimmen eindeutig, daß die einzelnen Staaten auferlegten Bestimmungen nur den Beginn der allgemeinen Abrüstung bedeuten. Die Bestimmungen bezwecken nicht, für diese Staaten eine Lage ständiger Unterlegenheit zu schaffen, sondern nach der feierlichen Erklärung des Präsidenten der Versailler Friedenskonferenz sind sie nur der erste Schritt zu einer allgemeinen Abrüstung und Beschränkung der Rüstungen. In Versailles wurde somit keineswegs eine Verpflichtung zwischen zwei Gruppen von Staaten eingegangen, sondern es handelt sich um eine Verpflichtung der Siegerstaaten gegenüber sämtlichen übrigen Mächten.

Grandi legte dann der Konferenz folgendes praktische Programm vor:

1. Abschaffung der großen Kampfschiffe, der Unterseeboote und der Flugzeugmutterschiffe,
2. Abschaffung der schweren Artillerie und der Tanks.
3. Abschaffung der Bombenflugzeuge. Abschaffung aller chemischen und bakteriologischen Angriffswaffen.
5. Revision der internationalen Bestimmungen für einen vollständigen und wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung.

Grandi betonte dann, daß die militärischen Großmächte, die die Verantwortung hätten, als erste auf alle Angriffswaffen verzichten müssen. Ein derartiger Beschluß würde der erste entscheidende Schritt zur allgemeinen Abrüstung sein.

*

Als erster unter den in Genf aufgefahrenen Rednerkanonen hat sich der italienische Außenminister von der üblichen Völkerbundsphraseologie frei gemacht. Grandi nennt die Dinge beim richtigen Namen und darum wirkt seine Angriffsrede im Gegensatz zu der akademischen Verteidigungsrede Brünings so erfrischend. Mit großer Schärfe ist der italienische Außenminister der französischen Sicherheitsthese und Gewaltpolitik entgegengetreten und hat klar und unzweideutig das ausgesprochen, was Brüning versäumt hat und dem französischen Kriegsminister Tardieu als Antwort schuldig geblieben war. Und damit hat Grandi — ob gewollt oder ungewollt bleibt dahingestellt — auch Deutschland einen größeren Dienst getan, als wie es durch die allgemeinen Formulierungen in der vorsichtigen, auf den Genfer Ton abgestimmten Rede des Reichskanzlers Brüning geschehen ist.

Brüning hat die Stunde verpaßt und statt dessen den Beifall des internationalen Publikums eingeheimst. Nicht hingegen den des deutschen Volkes. Als ob uns mit jenem Beifall auch nur das geringste gedient wäre und als ob die Abrüstungskonferenz überhaupt nach moralischen Postulaten und ethischen Verpflichtungen, worauf die Brüningrede einzig und allein abgestellt war, entschieden würde! **Es ist ein reiner Machtkampf, der in Genf ausgefochten wird und für Deutschland geht es ebenso wie für Italien darum, der französischen Gewaltpolitik zu begegnen und die französische Hegemoniestellung in Europa zu brechen, und das kann man aber nicht, wenn man, wie Brüning, dem Gegner ängstlich ausweicht, sondern dazu bedarf es des mutigen Angriffs, wie ihn Grandi in seiner Rede geführt hat.**

Freche Herausforderung

Genf, 10. Febr. Litauens Haltung zu der deutschen Beschwerdenote und zur Forderung Brünings, sofort eine Ratssitzung zur Prüfung der Memelfrage einzuberufen, läuft auf eine offene Verhöhnung der Reichsregierung, der Garanten und des Völkerbundes hinaus.

Auf das Telegramm Drummonds an Kowno, umgehend einen Vertreter für die Ratssitzung zu ernennen, hat die litauische Regierung mit der üblichen unverschämten Ausrede geantwortet, Außenminister Zaunius, der allein Litauens Interessen in Genf wahrnehmen könne, sei „erkrankt" und zur Zeit nicht abkömmlich.

Als Staatssekretär v. Bülow von diesen durchsichtigen Verschleppungsversuchen Kenntnis erhalten hatten, richtete er ein neues Schreiben an das Völkerbundssekretariat, um nachdrücklichst zum Ausdruck zu bringen, daß der Memelskandal unbedingt behandelt werden müsse, kein Aufschub mehr zulässig sei und eine Ratssitzung eben **ohne litauischen Vertreter** abgehalten werden müsse. Zu diesem Zwecke müsse sich die Reichsregierung weitere Schritte vorbehalten.

Litauen hat darauf mit einer neuen Note geantwortet, in der zunächst mitgeteilt wird, daß Zaunius nicht vor dem 23. Februar in Genf eintreffen könne. (!) Sodann wird der Memeler Banditenstreich in litauischer Beleuchtung kurz dargestellt und die Tatsache bestritten, daß Litauen schon mehrfach wegen Verletzung der Konvention vor den Völkerbund gezogen worden sei. In den meisten Fällen, wo vor dem Rate Memelfragen behandelt worden seien, habe Litauen recht bekommen. Für eine beschleunigte Behandlung der deutschen Beschwerde sei kein Grund vorhanden. (!)

Diese neue Unverschämtheit der Kownoer Gewalthaber ist kaum noch zu überbieten. In Kreisen der deutschen Delegation wird erwogen, welche Schritte nunmehr zu ergreifen sind, da Litauen sich ja weigere, einen Bevollmächtigten nach Genf zu senden. Wahrscheinlich wird die Reichsregierung die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Ratssitzung nochmals beantragen.

SA.-Mann Karner erstochen

Wien, 10. Februar.

In der Nacht wurde in Donnerskirchen im Burgenland der SA.-Mann Hans Karner vom Sturm 3-76 in eine Falle gelockt und so schwer durch Messerstiche verletzt, daß er eine Stunde darauf verstarb.

Der Täter heißt Turner und gehört der „christlich-sozialen" Partei an, der Bruderpartei des reichsdeutschen Zentrums.

SA.-Mann Arno Kallweit ermordet

Königsberg, 10. Februar.

Der am 28. Januar von Marxisten überfallene und zusammengeschlagene 21jährige SA.-Mann Arno Kallweit aus Kauschen, ist am 8. Februar an den Folgen eines schweren Oberkieferbruches und Schädelbruches verstorben. Seine letzten Worte waren: „Ich weiß, wofür ich sterbe."

Deutschland erwache!

Falsche Beweisführung

Wer da glaubt, eine unrichtige Behauptung würde lediglich dadurch beweiskräftig, daß man sie wiederholt, irrt sich. Wir haben gestern zum Fall Wenhold in aller Ausführlichkeit klargelegt, welche Bewandtnis es mit dem Brief des Herrn Battermann an die Sparkasse hat. Scheinbar aber sind diese Zeilen das einzige, was Direktor Wenhold zu seiner Rechtfertigung in Händen hält und man begreift jetzt auch, warum er sich so besonders um diesen Brief bemüht hat. Im Gegensatz zur Schünemann-Presse hat die Oeffentlichkeit sofort begriffen, daß es sich bei dem Brief um einen „Waffenstillstand" handelt, um zu einem Vergleich bezw. überhaupt zu Verhandlungen zu kommen, daß also nicht ein Aufgeben der Ansprüche, sondern nur ein Aufgeben des bis dahin herrschenden Kriegszustandes vorliegt. Damit kommen wir auch gleich zu der zweiten Frage, die die Rechtsvertretung des Pg. Dr. Backhaus betrifft. Wir hatten gestern geschrieben, daß Dr. Backhaus nicht der Rechtsbeistand des Herrn Battermann gewesen sei und darum auch nicht zu der Ueberzeugung gekommen sein kann, die Sache sei juristisch nicht zu vertreten und müsse darum aufgegeben werden. Tatsächlich hat auch nicht Dr. Backhaus, sondern Rechtsanwalt Dr. Mahlstaedt sein Mandat niedergelegt und zwar ebenfalls nicht aus den jetzt behaupteten Gründen. Pg. Dr. Backhaus hatte es lediglich zwischendurch übernommen, eine Verhandlung zwischen Battermann und der Sparkasse herbeizuführen und als diese Aufgabe erfüllt war, hat er sein Mandat niedergelegt. Wie Pg. Dr. Backhaus uns ausdrücklich bestätigte, hat diese Mandatsniederlegung nicht das geringste mit der juristischen Vertretbarkeit der Forderungen des Herrn Battermann gegen die Sparkasse zu tun. Die Schünemann-Presse hat also kein Recht, mit diesen Brief hausieren zu gehen und spiegelt der Oeffentlichkeit falsche Tatsachen vor. Wir beschränken uns heute auf diese Feststellungen und verweisen im übrigen auf unsere grundsätzlichen Ausführungen, die wir bereits gestern zu dieser Frage gemacht haben.

—art.

6 041 000 Erwerbslose

Berlin, 11. Febr. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen belief sich am 31. Januar auf 6 041 000.

Das „leichtfertige" Frankreich

Die Systempresse in ihrer tiefsten Erniedrigung

Die Kapitolswächterinnen des Systems haben mit ihrem Geschnatter über den Nationalsozialismus erbärmlich wenig Erfolg. Nach dem Hereinfall mit dem Borheimer „Dokument" und der Blamage von Rotenburg will das Inland ihren „Enthüllungen" kaum noch Beachtung schenken, und die letzte „Sensation" des badischen Innenministers über die SA.- und SS.-Organisation in Baden vermochte nicht einmal mehr bei den Franzosen Resonnanz zu finden. Ganz begreiflich, denn was in Karlsruhe darüber „ans Licht gezogen" wurde, wußte man in Paris ebenso wie in Buxtehude, weil die NSDAP. in diesem Punkte absolut nichts verbergen will und auch gar nichts zu verbergen hat.

Mit der „Aufrüstungs"-Denunziation ist daher nichts mehr auszurichten, deshalb muß die Pariser Neugierde mit anderen Reizmitteln angestachelt werden. Ein bayerisches Zentrumsblatt, die „Augsburger Postzeitg.", in deren Hexenküche schon manches Giftkraut gegen die deutsche Freiheitsbewegung ausgesotten wurde, ist dafür ein auserlesenes Werkzeug. In der aufdringlichen Plumpheit, mit der sie dabei zu Werke geht, liegt offenbar Methode, denn die schwarze Lechtante läßt sich von gewissen französischen Galanen lang genug poussieren, um zu wissen, daß man drüben Plumpheit als deutsche Ehrlichkeit auffaßt.

Die Geschichte geht so an, als ob der Pariser Vertreter des Brüning-Organs seinem Blatte über „Hitler in Frankreich" berichten würde. In Wirklichkeit aber wird von Augsburg nach Paris gesprochen, um dort den Glauben zu erwecken, daß der Führer der deutschen Erneuerungsfront „nicht auf eigene Rechnung, sondern im Auftrage anonymer Interessenten" Politik mache, die „zum gegebenen Zeitpunkt die nationalsozialistische Bewegung in eigene Regie nehmen" würden, um „die Restauration der Hohenzollern" herbeizuführen.

Daß nun jedem Franzosen das Gruseln ankommen muß, liegt auf der Hand. Aber die „Augsburger Postztg." denkt „Doppelt genäht, hält besser". Und das hätte sie nicht tun sollen, denn wenn systemtüchtige Gazetten sich im Denken versuchen, tritt naturnotwendig eine Dummheit zu Tage, sie entschleiern ihre eigene Mentalität. Selten freilich so ohne eine gewisse letzte nationale Scham, wie es im nachstehend angeprangerten Schlußsatz des Postzeitungsartikels geschieht:

„. . . Und nach dieser Richtung ist festzustellen, daß Frankreich, so große Bedeutung es seinen möglichen späteren Folgen beimißt, über den „bluff hitlerien", wie er sich heute ausnimmt, mit überraschender Leichtigkeit hinweggeht." (Sperrung im Original!)

Wir brauchen dem Zentrumsorgan nicht zu verraten, was es bei umgekehrter Lagerung der Dinge für diese Leistung zu gewärtigen hätte. Seine französischen Beziehungen sind intim genug, um ihm wissen zu lassen, daß in einem youngversklavten Frankreich eine französisch geschriebene Zeitung, die ähnlich unverhöllt die Macht eines in Waffen starrenden Deutschland gegen eine französische Wiedergeburtsbewegung vom Ausmaß des deutschen Nationalsozialismus aufrufen würde, Organ der öffentlichen Meinung gewesen wäre.

Parteikrisen

Neue Austritte aus der Wirtschaftspartei

In der Wirtschaftspartei-Führung herrscht wegen der täglich zunehmenden Austrittsbewegung große Ratlosigkeit. Man beabsichtigt deshalb, in Berlin einen außerordentlichen Parteitag abzuhalten, um zu dem geradezu katastrophalen Mitgliederschwund Stellung zu nehmen. Daß in gewissen Kreisen bereits mit dem Gedanken der endgültigen Auflösung des Interessenhauses gespielt wird, beweist eine Erklärung einiger Partei-Optimisten, die im Gegensatz dazu betont, daß man nicht daran denke, nun etwa die Büchse ins Korn zu werfen. Die erfolgten Austritte würden nur zur „Konsolidierung der Partei" beitragen.

Mussolinis Besuch beim Papst

Rom, 10. Febr. In einer amtlichen Mitteilung wird der Besuch Mussolinis beim Papst für den 11. Februar, den Jahrestag des Lateranfriedens und Vorabend des 10-jährigen Krönungstages Papst Pius 11., angekündigt. Mussolini wird begleitet von dem Justizminister Rocco, dem Botschafter de Vecchi, dem Unterstaatssekretär beim Ministerpräsidium, Giunta, dem Unterstaatssekretär im Ministerium des Äußeren, Fani, und dem Personal der italienischen Botschaft.

Bestellt die BNZ!

Herausfordernde Rede Zaleskis

Genf, 10. Febr. (Fernmeldung.) Der polnische Außenminister Zaleski hat es für notwendig gehalten, in der heutigen Vollsitzung der Abrüstungskonferenz eine herausfordernde Rede zu halten. Er suchte in verschleierter Form die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die angeblichen Angriffsabsichten Deutschlands zu lenken. Polen habe so viele Angriffe erlebt, daß es naturgemäß seiner geographischen Lage und seiner Vergangenheit nach die französischen Vorschläge mit größter Befriedigung aufgenommen habe. Zaleski verlangte dann, daß der Abkommensentwurf des Abrüstungsausschusses durch Fassung neutraler Sicherheitsbürgschaften ausgebaut würde. Die wesentliche Lücke dieses Entwurfes bestände in der mangelnden Berücksichtigung des Kriegspotentials. Es sei für einen angegriffenen Staat gleichgültig, ob er nur durch Tanks und Flugzeuge eines regulären Heeres oder durch private militärische Verbände angegriffen würde, die durch den Abkommensentwurf bisher nicht erfaßt seien. Wenn ein Staats für seine militärischen „privaten" Vereinigungen außerordentliche Ausgaben verwende (?!) die sogar die Höhe der moralischen Heeresausgaben erreichten (?), so würde damit eine Lage geschaffen, mit der sich die Konferenz besonders beschäftigen müsse. Aus diesem Grunde müsse die Konferenz in erster Linie eine Herabsetzung der Heeresausgaben erreichen.

Zaleski kündigte dann an, daß die polnische Regierung praktische Vorschläge für die moralische Abrüstung einrichten werde.

Kowno spielt mit dem Feuer

Memel, 10. Febr. Wie verlautet, planen die litauischen Jungschützen, die Schaula Sajunga, für den 11. Februar einen großen Aufmarsch in Memel.

Zu diesem Zweck sind ihnen, wie es heißt, von Kowno aus Sonderzüge zur Verfügung gestellt worden. Diese Veranstaltung kann in diesem Falle eine erhebliche Verschärfung der Lage herbeiführen, der Aufmarsch in dieser gespannten Lage ist ein Spiel mit dem Feuer.

Wie verlautet, wird Landespräsident Böttcher nach Kowno gebracht werden, wo die gegen ihn eingeleitete Untersuchung wegen „Landesverrats" vor einem militärischen Untersuchungsrichter zu Ende geführt werden wird. Ein solches Verfahren kann in Litauen auf Grund des bestehenden Kriegszustandes nur vor einem Kriegsgericht verhandelt werden. Die Ernennung des militärischen Untersuchungsrichters wird schon für morgen erwartet.

Landesdirektor Szigaud gewaltsam abgesetzt

Königsberg (Preußen), 10. Febr. Landesdirektor Szigaud, das einzige Mitglied des Memeler Direktoriums, das noch im Amte war, ist am Dienstag ebenfalls von dem „Landesdirektor" Tolischus gewaltsam seines Amtes enthoben worden. Tolischus erschien im Zimmer Szigauds und forderte ihn in barschem Ton auf, ihm die sämtlichen Amtsschlüssel zu übergeben, worauf Szigaud ihm erwiderte, das könne er nicht, da er sich noch im Amte befinde. Tolischus verließ darauf das Amtszimmer, holte sich drei bewaffnete Polizeibeamte, die im Vorzimmer postiert wurden und gab nunmehr Szigaud den Befehl, das Zimmer zu räumen. Szigaud mußte nunmehr der Gewalt weichen. Er gab eine schriftliche Erklärung ab, in der er betonte, daß er wiederholt seine Bereitwilligkeit erklärt habe, die Amtsgeschäfte als Landesdirektor weiterzuführen. Hierzu brauche er aber keinen Auftrag von Tolischus. Er werde jedoch an der Ausübung seines Amtes gehindert. Für die Zeit seiner Behinderung begibt sich Szigaud nach Trakeningken.

20 deutsche Zeitungen in Litauen beschlagnahmt

Berlin, 10. Febr. Die litauische Zensur hat am Montag, wie Berliner Blätter aus Kowno melden, nicht weniger als 20 deutsche Zeitungen, die Meldungen und Artikel über die Vorgänge im Memelgebiet brachten, beschlagnahmt.

Ausnahmezustand

NSDAP. gegen erweitertes Redeverbot für Dr. Goebbels

Intervention in Berlin

Hannover, 11. Febr. Auf die Anmeldung einer geschlossenen Mitgliederversammlung der NSDAP., in der Dr. Goebbels sprechen sollte, beim hiesigen Polizeipräsidium teilte dieses der NSDAP. mit, daß auch in der geschlossenen Mitgliederversammlung Dr. Goebbels für Hannover als Redner verboten sei. Wie uns die NSDAP. hierzu mitteilt, hat sie sich an den preußischen Innenminister, den preußischen Ministerpräsidenten sowie an den Reichsinnen- und Reichswehrminister gewendet und in ihrem Schreiben betont, daß diese Versammlung nicht eine Versammlung im Sinne der Notverordnung vom 28. März 1931 sei, die angemeldet werden müsse, sondern es handele sich um eine Mitteilung an die Polizeibehörde wegen der Gestellung der Polizeikräfte zur Zerstreuung von etwaigen Ansammlungen in der Nähe des Versammlungslokals. In der Intervention der Partei heißt es: „Wir betrachten dieses Verbot als tiefsten Eingriff in die uns zustehenden verfassungsmäßigen Rechte. Dr. Goebbels sollte in dieser Versammlung die ersten Anweisungen für den beginnenden Wahlkampf geben und in Verbindung mit dem bereits ergangenen Verboten und Verfügungen betrachten wir auch dieses Verbot evtl. als Grund für eine Wahlanfechtung für die jetzt in Frage stehenden Wahlen."

Schon wieder ein Redeverbot

Der badische Innenminister Emil Maier hat es für notwendig erachtet, auch über unseren Pg. Köhler, Mitglied des Badischen Landtages, ein Redeverbot zu verhängen. Das wird wahrscheinlich unseren Untergang in Bälde herbeiführen.

Gegen badische Polizeiübergriffe

Als Antwort auf die unglaublichen Polizeimaßnahmen der Badischen Regierung, hat der Gauleiter Wagner in einem umfassenden offenen Brief an den sozialdemokratischen Innenminister Maier umfangreiches Material überreicht mit der Aufforderung, die gesetz- und verfassungsmäßigen Zustände wieder herzustellen und der besorgniserregenden, immer mehr um sich greifenden Rechtsunsicherheit mit all ihren Folgen Einhalt gebieten zu wollen. Pg. Wagner schildert in dem offenen Briefe die unberechtigten Massenhaussuchungen der badischen Polizei bei Führern und Geschäftsstellen der NSDAP., die samt und sonders erfolglos bleiben mußten und einen Bruch der Verfassung darstellen. Dies Vorgehen des badischen Ministeriums des Innern erweckt allmählich den Eindruck, als seien die Nationalsozialisten in Baden Staatsbürger niederer Klasse oder verabscheuungswürdige Verbrecher, die man nach Gutdünken durch die Polizei verfolgen lassen könne.

Im gleichen Zuge liegt das Verbot der Führung der Hakenkreuzflagge, das vom badischen Innenministerium bis zum 21. März 1932 (!) ausgesprochen ist — Zeitungs- und Versammlungsverbote ohne Begründung, Redeverbote, die der Verfassung widersprechen, das alles müsse als eine Ungeheuerlichkeit aufgefaßt werden. Zum Schluß des Briefes schreibt Pg. Wagner:

„Ich mache darauf aufmerksam, daß sich die NSDAP. bereits im Wahlkampf für die bevorstehende Reichspräsidentenwahl befindet. Die vorerwähnten Verbote, insbesondere aber die Versammlungs- und Redeverbote, müssen daher als Verstoß gegen die Wahlfreiheit angesehen werden. Die NSDAP. behält sich vor, nötigenfalls die Verbote des badischen Innenministeriums als Gründe zur Anfechtung der Wahl zu benützen." Wir erwarten, daß Herr Maier als verantwortlicher Polizeiminister und Hüter der Verfassung im Lande Baden auf diesen offenen Brief genau so eindeutig antwortet und die unerhörten Polizeimaßnahmen wieder gutmacht. Notfalls müßte der Herr Reichsinnenminister eingreifen, um dem Rechte in Baden zur Geltung zu verhelfen!

Vom Krieg im Osten

Amerikas Waffentransporte nach dem fernen Osten

Washington, 10. Febr. Die großen amerikanischen Verschiffungen von Waffen und Munition nach dem fernen Osten dauern an. Der Antrag des Abgeordneten Fish-Neuyork, der ein Verbot dieser Ausfuhr vorsah, ist auf Vorschlag von Staatssekretär Stimson zurückgestellt worden. Hohe Beamte erklärten, der Antrag von Fish könnte eine unerwünschte Wirkung auf die Friedensverhandlungen im fernen Osten haben.

Polnische Waffenlieferungen nach Japan

Moskau (über Kowno), 10. Febr. Nach einer amtlichen russischen Meldung soll Japan große Waffen- und Metallbestellungen bei der polnischen Industrie untergebracht haben. Die Bestellungen sollen sich auf mehrere Millionen Dollar belaufen.

Neuer japanischer Großangriff auf die Wusung-Forts

Schanghai, 10. Febr. Die Japaner richten ihre größten Anstrengungen darauf, die Wusung-Forts zu erobern. Für den Mittwoch ist ein großangelegter Angriffsplan vorgesehen, durch den der chinesische Widerstand endgültig gebrochen werden soll. Die Japaner haben 88 Kriegsschiffe bei den Forts zusammengezogen. Der Kommandeur des Geschwaders teilte Pressevertretern am Dienstag mit, daß er die Forts am Mittwoch bestimmt einnehmen werde und die Pressevertreter am Mittwoch vormittag 8.30 Uhr dort zu treffen hoffe. Die Chinesen haben sich in ihrer Verteidigungsstellung dadurch verstärkt, daß sie sich in einer Ausdehnung von 30 Kilometern entlang des Ufers des Wusung-Flusses von Wusung nach Liuhu in Schützengräben verschanzt haben.

Bierstreik in Hamburg beschlossen

Hamburg, 9. Febr. Nach zahlreichen internen und öffentlichen Beratungen, sowie Vorbesprechungen, haben am Dienstag nachmittag über 2100 Gastwirte sich entschlossen, schrift des Reichskommissars Dr. Goerdeler in den Bierstreik zu treten. Von den 4000 Hamburger Gastwirten waren in der Versammlung 2400 anwesend, von denen sich 2170 durch Unterschrift zum Bierstreik bereit erklärten. Die Ausschankperre beginnt am Donnerstag. Sie soll so vor sich gehen, daß die Gastwirte Plakate in ihren Schanklokalen aufhängen, auf denen zu lesen steht:

„Während des Bierstreiks wird hier kein Bier ausgeschenkt"

Statt dessen will man Schoppenweine geben und andere Getränke, die nicht durch die Bierverordnung betroffen werden. Streikbrecher sollen durch öffentliche Bekanntmachung in Zeitungen gebrandmarkt werden.

Letzte Drahtnachrichten

Drei Fischer ertrunken

Köslin, 10. Febr. Ein mit drei jungen Fischern besetztes Boot schlug am Mittwoch in der Nähe des Seebades Rest infolge des sehr starken Seeganges voll Wasser und kenterte. Alle drei Insassen ertranken trotz der sofort unternommenen Rettungsversuche.

Erste Lesung des neuen englischen Zolltarifs

London, 10. Febr. Das Unterhaus nahm in erster Lesung das neu eingebrachte Gesetz über den allgemeinen Zolltarif an.

Keine Freihäfen in England

London, 11. Febr. Handelsminister Runciman erklärte am Mittwoch im Unterhaus, daß das System der Freihäfen in England aus geographischen Gründen nicht durchführbar sei. Es werde doch dafür gesorgt werden, daß der Durchgangsverkehr ohne jede Verzögerung in Fluß bleibe, da der Wiederausfuhrhandel für England sehr wichtig sei.

Zehn Kommunisten zum Tode verurteilt

London, 11. Febr. Das Militärgericht in Guatemala hat zehn Kommunisten, die sich an der letzten Revolte beteiligt haben, zum Tode verurteilt. Das Urteil wird sofort vollstreckt werden.

Massenmord auf einem französischen Bauernhof

Paris, 11. Februar. Auf einem kleinen Bauernhof in der Nähe von Agen, hat sich am Mittwoch ein furchtbares Drama abgespielt, dem sechs Mitglieder einer Familie zum Opfer fielen. Die Opfer des Massenmordes sind ein 77jähriger Verwandter der Familie, die 52jährige Besitzerin des Gehöftes, ihre 29jährige Schwägerin und deren Kinder im Alter von acht Jahren und vier Monaten sowie ein 70jähriger Verwandter. Sämtliche Opfer wurden in ihren Betten mit einer Art erschlagen aufgefunden. Eigentümlicherweise befand sich der Ehemann der jungen Frau und Vater der beiden Kinder nicht im Hause, sondern war schon am Montag zu einem Schwager in einem Nachbarort gefahren, er kehrte erst am Mittwoch zurück und wurde sofort vernommen.

Teile der chinesischen „roten" Armee bei Hankau geschlagen

Peking, 11. Febr. Die chinesischen Regierungstruppen haben bei Hankau zwei Abteilungen der chinesischen „roten" Armee nach heftigem Kampf in die Flucht geschlagen. Der Betrieb auf der Peking—Hankauer Eisenbahn, der seit Wochen unterbrochen war, konnte jetzt wieder aufgenommen werden.

Amtl. Wetterbericht

Ueber Skandinavien hat sich eine Luftmasse von etwas geringerem Frost südwärts in Bewegung gesetzt, die über Skandinavien und über dem deutschen Nordseegebiet schwaches Nachlassen des Frostes hervorrief. Im großen und ganzen bleibt der Witterungscharakter erhalten. Zeitweilig können leichte Schneefälle eintreten.

Voraussage für den 12. Februar: Schwache bis mäßige Winde westlicher Richtungen, mäßiger Frost.

Aussichten für den 13. Februar: Fortdauer der bestehenden Witterung.

Stabschef Röhm und Bolivien

München, 9. Februar.

Der Stabschef der SA., Röhm, war bekanntlich einige Zeit als Oberstleutnant im Generalstab der bolivianischen Armee tätig, bevor ihn Adolf Hitler nach Deutschland zurückrief, um ihm die verantwortliche Leitung der SA. zu übertragen. Wie sehr sich der heutige Stabschef der SA. in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit in Bolivien das Vertrauen und die Wertschätzung der Bolivianer erworben hat und wie sehr man seine Mitarbeit an der Organisation der bolivianischen Armee heute vermißt, geht aus einem Telegramm hervor, das Röhm in diesen Tagen erhielt, und in dem der bolivianische Generalstabschef anfragt, ob und wann mit seinem Wiedereintreffen in Bolivien zu rechnen sei. Gleichzeitig schreibt ihm der bolivianische Kriegsminister einen Brief, in dem er die Grüße auch der übrigen bolivianischen Minister übermittelt und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß ihr Wunsch, Röhm wieder in Bolivien zu sehen, sich erfüllen möge; im bolivianischen Heere werde für ihn immer der Platz offen sein, den er verdiene. Auch der Staatssekretär des bolivianischen Kriegsministeriums zollt in einem Schreiben der Arbeit Röhms im bolivianischen Heere hohe Anerkennung und versichert ihn der Verehrung aller seiner Mitarbeiter und der Truppe. In diesem Sinne machte übrigens auch der deutsche Gesandte in Bolivien in diesen Tagen dem Stabschef Röhm davon Mitteilung, daß man es in Bolivien sehr gerne sähe, wenn er wieder nach dort zurückkäme.

Wir geben diese Mitteilungen lediglich deshalb wieder, weil sie erkennen lassen, daß man im Auslande die Arbeit ehemaliger deutscher Generalstabsoffiziere mehr zu schätzen weiß, als im eigenen Vaterlande. Selbstverständlich wird der Stabschef und Organisator der SA., den das Vertrauen des Führers auf diesen verantwortungsreichen Posten gestellt hat, seinen bolivianischen Freunden mitteilen, daß sein Platz an der Seite des Führers der deutschen Freiheitsbewegung und an eine Rückkehr nach Bolivien nicht zu denken sei.

Die Verwandlungskünstler

Wie Pinkeles und Lewyson „olle Germanen" wurden

Als mir zum ersten Male der Name „Jan Bargenhusen" unter die Augen kam, da hatte ich einen Geruch von Seewind und Marschen und Ostfriesland in der Nase. Nachher, als ich erfuhr, daß dieser reckenhafte Schriftsteller Jan Bargenhusen eigentlich Erwin Topf heißt und bei Mosse beschäftigt ist, da wechselte auch die Vorstellung von dem Geruch. Und wenn ich heute einen besonders altdeutsch klingenden Namen höre, so . . .

Eine alte Sage erzählt von einem Moosgewächs, das sich auf eines Baumes höchstem Wipfel ansiedelte, und dort oben prahlte, es sei größer als der Baum. Unsere Zeit hat zu dieser Geschichte die Abwandlung gebracht, daß das Moosgewächs erklärt, es sei selbst der Baum. Die erste Form dieser seltsamen Repräsentation waren die Namen Straßburger, Bamberger, Hamburger und so fort: immerhin wußte man, wo der Urahn dieser Adelsgeschlechter mit alten Kleidern gehandelt hat; zum Leidwesen der Namensträger wußte man aber auch, was für ein Uradel das war.

Das hat sich jetzt geändert. Wir haben zum Beispiel in Berlin sieben Rechtsanwälte aus der bekannten Familie Cohn. Das heißt wir haben mehr, aber die sieben, von denen hier die Rede ist, haben sich der Numerierung Cohn 1., Cohn 2., usw., bis Cohn 7., dadurch entzogen, daß sie die Schreibweise ihres Namens etwas ändern. Die sieben Söhne heißen jetzt: Dr. Ernst Koch, Justizrat Kolsen, Georg Horn, Calleen, Dr. Freyhom, Lenk und Dr. Arnold von Deuren. So kann man sie besser unterscheiden. Herr Goldschmidt hingegen heißt Justizrat Goltzen, Herr Justizrat Busse hieß früher Nathansohn, und der Name der beiden Rechtsanwälte Lenzen ist die Neuform des klangvollen Geburtsnamens Lewy. Daß Dr. Schmithof einst als Schmulewitz das Licht der Welt erblickte, glaubt man beinahe ebensowenig wie Herrn Rechtsanwalt Soelling den Seeligsohn, Herrn Justizrat Marba den Abrahamson (so hieß in der Wiege auch Herr Rechtsanwalt Dr. Sandack) oder Herrn Justizrat Dr. Meyners den Meyersohn und Herrn Justizrat Dr. Issing den Isaak.

Nicht nur im Film und Journalistik müssen wir also des Pudels Kern zu erforschen trachten. So mancher Herr Pinkeles aus Warschau kam schon als Herr de la Fontaine über Paris nach Deutschland.

Die Amtshauptmannswahl in Hagenow

Hagenow, 7. Febr. Da der Zuhörerraum des Sitzungssaales im Amtsgebäude sich schon bei der ersten Sitzung der Amtsvertreter am 4. Januar als zu klein erwiesen hatte, war, um möglichst vielen Amtsinsassen Gelegenheit zu geben, der Wahl des Amtshauptmannes beizuwohnen, im Gebertschen Saale die zweite Sitzung der Amtsvertreter anberaumt.

Der bisherige Amtshauptmann Dr. Wohlers tritt den Vorsitz an den stellvertretenden Amtshauptmann Pfaffenzeller (Soz.), ab, der die Wahl des Amtshauptmannes vornimmt. Pfaffenzeller erklärt, daß **seine Fraktion für eine Ausschreibung der Amtshauptmannsstelle** wäre, und verliest einige Bewerbungen, die beim Amtsausschuß eingegangen sind. Unter den Bewerbern um den Horch 8 befindet sich auch der Bürgermeister Dr. Sturm (Hagenow). Im ersten Wahlgang erhält Pg. Assessor Busch (Rostock) 10 Stimmen, Staatsanwalt Schlüter (Rostock) auch 10 Stimmen und 1 Stimme ist für den Kommunisten Goldenbaum (Rostock) abgegeben. Dasselbe Ergebnis ergibt sich auch in der Stichwahl. **Das Los entscheidet durch den Marxisten Pfaffenzeller für den Pg. Busch. Mit erhobener Hand und Heilrufen begrüßt die Mehrzahl der Zuhörer dieses Ergebnis.**

Da die Bürgerlichen geschlossen mit den Nationalsozialisten stimmen, ergibt sich die erfreuliche Tatsache, daß außer im Amtsverwaltungsgerichtsausschuß und der Abschätzungsbehörde,

kein Marxist in die Ausschüsse

gewählt wird. Darob natürlich enttäuschte Gesichter auf der Linken.

Pharisäer!

Das nachstehende Schreiben einer christlichen Sekte an den Vorstand der Berliner Jüdischen Gemeinde, das von Pazifisten und Judengenossen als „wahrstes Christentum" gefeiert wird, wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten! „Mit Schmerz und Scham denken wir an das Leid, was die würdelosen Vorgänge am Kurfürstendamm über Euch gebracht haben. Wir fühlen uns mitverantwortlich und mitschuldig, weil wir nicht genug getan haben, um die haßerfüllte Atmosphäre zu entgiften. Deshalb bitten wir Euch um Verzeihung für das, was Euch getan wurde. Wir danken Euch, wenn Ihr nicht Haß mit Haß vergeltet. Wir haben Eurer in unserer heutigen Andacht gedacht: Euer Leid ist unser Leid. Wir bitten Euch, in uns Eure Freunde zu sehen."

Anlaß zu diesem heuchlerischen Elaborat soll das „Pogrom am Kurfürstendamm" sein, von dem gerade jetzt wieder in der Berufungsverhandlung festgestellt wurde, daß einigen Hebräern etwas unsanft die Wange gestreichelt wurde, daß — weih geschrieen — die Autoscheibe eines „armen" verfolgten Galiziers eingeschlagen wurde. An die infolge der unerhörten Hetze monatelang unschuldig eingekerkerten deutschen Arbeiter denken diese allerchristlichen Herrschaften nicht!

Wie lange noch?

(Drahtbericht unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 9. Februar. Wie groß die Achtung ist, die das pazifistische Lumpengesindel vor den derzeitigen Machthabern in Reich und Preußen hat, dafür liefert einen neuen Beweis der Verlag der Zeitschrift „Das andere Deutschland".

Jetzt geht der Verlag „Des Anderen Deutschlands" in seiner kaum glaublichen Frechheit sogar so weit, in Mainz eine zweite Auflage der Schmähschrift drucken zu lassen, deren Erscheinen er seinen Kunden, die vor allem in den Kreisen der landesverräterischen deutschen Friedensgesellschaft zu suchen sind, mit folgendem Rundschreiben ankündigt:

„Das von dem Reichsinnenwehrminister soeben erfolgte Verbot der Schlageterbroschüre für Preußen hat eine so starke propagandistische Wirkung erzeugt, daß die Auflage sehr schnell vergriffen und eingegangene Bestellungen nur noch zum Teil erledigt werden konnten. Soweit in den Ortsgruppen der DFG. noch unverkäufliche Exemplar vorrätig, bitten wir um umgehende Mitteilung an den Verlag. Die zweite Auflage wird in Kürze außerhalb Preußens erscheinen und vertrieben, damit die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Herrn Severing im Kampf gegen die Ursachen des Faschismus nicht weiter gestört wird." —

Wenn sich die Reichsregierung und insbesondere Herr Groener als Reichsinnenminister nicht zum Gespött dieser Lumpen machen lassen wollen, dann werden sie diese unverschämten Anpöbeleien wohl endlich zu einem energischen Einschreiten gegen die Herren von der Deutschen Friedensgesellschaft und vom Verlage des Anderen Deutschlands veranlassen. Und auch für den preußischen Innenminister Karl Severing dürfte es langsam an der Zeit sein, einmal darüber nachzudenken, ob das Republikschutzgesetz, das ja den wohlbekannten Passus über die Verächtlichmachung der Staatsautorität enthält, nicht auch sehr gut gegen die zweifelhaften Machenschaften der jüdischen Friedensgesellschaft angewandt werden kann.

Ein Brief an Claus Heim

Dem Verfasser des Werkes „Soldaten oder Militärs" sandte Claus Heim folgenden Brief:

Claus Heim T. 508.

Sehr geehrter Herr Major!

Ihr freundlicher Brief vom 31. 12. 31 wurde mir ausgehändigt, das Buch jedoch nicht. Die Anstaltszensur erblickt in dem Inhalt, wie mir gesagt wurde, eine Propaganda für „das Dritte Reich". Ich habe mich trotzdem zu dem damit zum Ausdruck gebrachten Gedenken meiner gefreut und danke Ihnen recht herzlich für alles.

Von mir kann ich Ihnen mitteilen, daß es mir nach wie vor gesundheitlich und seelisch gut geht. Die bald zweieinhalb Jahre Bunkerzeit haben meinen Kampfwillen nicht gebrochen, und die Zukunft wird auch nicht dazu imstande sein. Für mich haben die „eisernen Gitter", wie Sie schreiben, durchaus nichts Abschreckendes. Auch sie haben eine gute Seite, man muß es nur heraus haben, ihnen diese abzugewinnen. Daß das nicht jeder kann, gebe ich vollkommen zu. Darum hat Herr Severing in mir vielleicht gerade mal den richtigen Kerl erwischt, den er nicht mürbe macht. Leider muß man ja feststellen, daß die meisten Menschen, die den Kampf mit illegalen Mitteln zeitweise hinter die schwedischen Gardinen brachte, die Nase voll hatten und den Kampf abbrachen. Nur wenn durch die Gefangenschaft der Kampfesmut dauernd gestählt wird, hat sie ihren Zweck erfüllt. Daß dies der Fall ist, bemühen wir uns redlich. Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, daß jede Sentimentalität (und wenn sie noch so gut gemeint ist); die meiner Person gilt, mir verhaßt ist. Wir haben bewußt gehandelt und tragen ebenso bewußt die Folgen. Wir müssen es daher auch ablehnen, als Märtyrer oder Opfer angesehen zu werden. — Dies zu Ihrer Orientierung über mich, damit Sie bei der Beurteilung unserer nicht von falschen Voraussetzungen ausgehen.

Mit herzlichem Gruß Ihr sehr ergebener

(gez.) Claus Heim.

Landesverratspläne im Hause Max Liebermanns?

Ein Franzose, Raymond Recouly, veröffentlicht, wie der „Hochwart" mitteilt, in der großen Pariser Wochenzeitung „Gringoire" vom 4. Dezember 1931 einen Bericht über einen Besuch in Berlin, bei dem er bei dem Präsidenten der Akademie der Künste, Herrn Marx Liebermann, zum Mittagessen eingeladen war. Er sagt, wie er schreibt, neben einem „hochbegabten und berühmten deutschen Schriftsteller", mit dem er ein Gespräch über Deutschlands Weg in die Zukunft führte, von dem er folgendes berichtet: „Ich hoffe fest, daß Frankreich im gegebenen Augenblick eingreifen wird. Sie haben ein mächtiges Heer im Elsaß stehen. Zögern Sie ja nicht für den Fall, daß Hitler die Macht ergreifen sollte, dann das Rheinland wieder zu besetzen"! Dieses ist die wörtliche Wiederholung dessen, was mir der deutsche Schriftsteller sagte. — Es ist wohl unmöglich, daß Herr Max Liebermann, dessen Name hier in so infamer Angelegenheit ausdrücklich genannt wird, zu dieser Behauptung schweigt? Entweder beweise er öffentlich und einwandfrei, daß der Franzose lügt — was wir hoffen —, oder er äußere sich über diesen „hochbegabten und berühmten Schriftsteller", der in seiner Judenangst das Haus des Präsidenten der preußischen Akademie der Künste — es wird doch ein deutsches Haus sein?? — mit Landesverrat der gemeinsten Art besudelte. Es wird sich ja feststellen lassen, wer neben Herrn Recouly zu Mittag aß! Die Sache muß unbedingt geklärt werden, schon damit man nicht vermuten darf, es sei der Herr Präsident der Sektion für Dichtkunst gewesen, Herr Heinrich Mann, der in solcher Weise die Franzosen zum kriegerischen Ueberfall und Einfall in das friedliche und entwaffnete Deutschland aufgehetzt habe.

(Aus: Die Neue Literatur. 1932, Heft 2, Februar.)

92 Neuaufnahmen in Untertürkheim

Einen vollen Erfolg konnten wir mit der in der „Sängerhalle" in Untertürkheim einberufenen Massenversammlung buchen. Nachdem unser Pg. Neumann 10 Minuten lang gesprochen hatte, erschien die polizeiliche Auflage, daß Pg. Neumann nicht sprechen dürfe, was die stürmische Entrüstung der Versammlung auslöste. Nicht weniger als 92 deutsche Volksgenossen traten in der darauf abgehaltenen Mitgliederversammlung der NSDAP. bei; ein Erfolg, für den wir Herrn Volz bestens danken.

Vom Büchertisch

Ungebetene Mitläufer

Unter dem Titel „Der neue deutsche Volkswille und die Neugestaltung der Wirtschaft" erschien im Verlag Ferdinand Schultz, Hamburg, eine hakenkreuzgeschmückte Broschüre des Herrn Paul Ballauf, in der die Privatmeinung des Verfassers über eine Neugestaltung der deutschen Wirtschaft kundgetan wird. Herr Ballauf beruft sich — wie uns der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abt. der Reichsleitung, Dr. O. Wagner, mitteilt — zu Unrecht auf die Billigung des Führers. Richtig ist, daß dem Verfasser seitens der zuständigen Parteidienststelle ausdrücklich untersagt wurde, bei der Veröffentlichung seiner Broschüre in Titel oder Aufmachung irgendeine Beziehung zur NSDAP. erkennen zu lassen.

Rassenkunde des deutschen Volkes

Von Professor Dr. Hans F. K. Günther. 509 Seiten mit 29 Karten und 564 Abbildungen. 14. umgearbeitete Auflage. 45. Tausend. 1930. J. F. Lehmanns Verlag, München. Preis: geh. 10.80 RM., in Leinwd. 12.60 RM., in Halbleder 16.20 RM.

Von Professor Günthers weltbekanntem grundlegendem Werk „Die Rassenkunde des deutschen Volkes" wird uns eben vom Verlag die 14. umgearbeitete Auflage zugesandt. 45 000 Stück sind nach Mitteilung des Verlages bisher erschienen. Ein solcher Erfolg läßt sich nicht mit Schlagworten wie Sensation oder Politik abtun, denn ein Buch von 500 Seiten kauft man nicht der Sensation wegen, sondern weil man von anderen gehört hat, daß es eine Fülle von Anregung und Wissen auf wissenschaftlicher Grundlage zu bieten hat. Es ist tatsächlich wunderbar, was diese 14. Auflage wieder alles enthält. 564 Abbildungen, davon mindestens 500 Bildnisse von Vertretern der verschiedenen im deutschen Volk vorkommenden Rassen bilden allein schon einen Nachschlagestoff, den jeder gern besitzen möchte. Der Text ist wieder aufs sorgfältigste durchgearbeitet und gibt von neuem Zeugnis von der gewissenhaften Selbstkritik des Verfassers. Er nimmt nichts von seiner Lehre als Dogma, er weiß, daß die Rassenforschung noch im Fluß ist und trägt deshalb allen neuen Forschungen vorurteilslos Rechnung. Wer es von früheren Auflagen noch nicht wissen sollte, dem sei es noch einmal gesagt: Günthers Rassenkunde des deutschen Volkes enthält eine sehr eingehende durch zahllose Bilder unterstützte Darlegung, Schilderung der körperlichen und seelischen Wesensart der in Deutschland verbreiteten Rassen, vor allem der nordischen, dinarischen, ostischen, ostbaltischen und westischen Rasse. Diese überaus gründliche und unvoreingenommene Darstellung wird ergänzt und unterstrichen durch die hochinteressante Schilderung der deutschen Rassengeschichte von der Vorzeit bis zu Gegenwart. Sie wird gekrönt durch einen ernsthaften und sehr zum Nachdenken stimmenden Ausblick in die rassische Zukunft des deutschen Volkes. Daß Günthers Arbeit auch die Anerkennung vieler seiner Fachgenossen gefunden hat, ist bekannt. So nennt sein Buch, der von manchen Leuten aus falsch verstandenen politischen Erwägungen immer noch befehdet wird, Professor Eugen Fischer, der Berliner Anthropologe: eine glänzende Darstellung der Rassenverhältnisse Deutschlands, so spricht Professor Fritz Lenz, der Münchener Rassenhygieniker: Günther hat wie kein anderer es verstanden, in weiten Kreisen den Sinn für die Bedeutung der Rasse zu wecken; und auch der Verbreitung der Einsicht in die Notwendigkeit der Rassenhygiene ist seine Wirksamkeit sehr förderlich gewesen. — So ist auch Günthers Berufung auf den neu geschaffenen Lehrstuhl für Sozialanthropologie in Jena kein politischer Akt, sondern eine Anerkennung seiner wissenschaftlichen Verdienste um die Rassenkunde des deutschen Volkes.

Deutsches Volkstum

In diesen Tagen ist das in der Hanseatischen Verlagsanstalt Hamburg erscheinende Februarheft des „Deutschen Volkstums" herausgekommen. Die neue Nummer bringt wieder eine Fülle interessante Beiträge aus Federn erstklassiger Mitarbeiter. Es ist zu nennen: Prof. Dr. Otto Westphal, Deutschland und die Auflösung des System von Versailles. Gerhard Pallmann, Die Säkularisation der Musik. Prof. Dr. Hermann Unger, Das wahre und das romantische Beethoven-Bild. Dr. Wilhelm Stapel, Rudolf Huch. Albrecht Erich Günther, Fran Thieß. Dr. Richard von Schaukal, Arthur Schnitzler und die Seinen. Hjalmar Kutzleb, Moderne Baukunst und Rassenseele.

Berücksichtigt die Inserenten!

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hansklaus von Sichart; für den Anzeigenteil: W. Kastens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.
Notationsdruck: Karl Bockelmann, Bremen.

Aus Bremen

Brieflicher Lehrgang der Reichs-Rednerschule

Der nächste briefliche Lehrgang wird am 15. Februar 1932 beginnen. Preis 2 RM. monatlich.

An dem Lehrgang kann jeder Parteigenosse teilnehmen, der sich in allen Fragen, die in unserem Kampf vorkommen, gründlich zu schulen wünscht.

Gründlich geschult müssen auch alle diejenigen Parteigenossen sein, die zwar nicht als Redner in öffentlichen Versammlungen, aber als Werber von Mund zu Mund — im Betrieb, am Biertisch, Wartezimmer des Arztes und sonstwo — wirken wollen.

Einführungsdrucksache kostenlos dur: Fritz Reinhardt, Herrsching am Ammersee.

Reichs-Propagandaleitung 2
Fritz Reinhardt.

Stadttheater: Sluderi

„Een ernsthaftig Spill in veer Optög", lautet der Untertitel des niederdeutschen Schauspiels „Sluderi". Uns Bremern ist der Ausdruck „Sluderi" in dem Sinn, wie er in diesem Stück gleichen Namens gebraucht wird, unbekannt und doch kennt jeder von uns das so ähnlich klingende Wort schlurig. Sluderi ist das, was Leute tun, die mit ihrem Mundwerk unachtsam (schlurig) umgehen, also wie man im schönen Hochdeutsch zu sagen pflegt — tratschen.

Der tiefe Ernst dieses Stückes geht jedoch weit über den, durch den Titel gebenen Rahmen hinaus. Gewiß, es ist keine schöne Angewohnheit, alles was man irgendwo und irgendwie aufgeschnappt hat, gleich dem lieben Nachbarn weitererzählen zu müssen. Aber viel schlimmer ist die Art des Niedersachsen, alles ihm Unbekannte als minderwertig anzusehen. Ein altes Sprichwort sagt: „Wat de Buer nich kennt, dat frett he nich!" So ist es auch. — Ist ein Mensch anders geartet, als er, so muß irgend etwas mit ihm nicht in Ordnung sein. — „Er muß einen Grund haben!"

Das Schauspiel zeigt uns, wie ein junger Mann, der völlig unschuldig im Mordverdacht steht, durch den passiven Widerstand, den die Dorfbewohner leisten, zum Aeußersten getrieben und schließlich doch zum Mörder wird.

Ein ergreifendes Erlebnis, dieses „Sluderi", einfach und leichtverständlich, durch keinerlei modern-kulturellen Einfluß getrübt, ist ihm ein außergewöhnlicher Erfolg sicher.

Die von Carl Rheder in altbewährt guter Weise in Szene gesetzte Aufführung war mit Otto Wenke, Ilse Ihme, Carl Rheder, Emma Schulhof-Frühling und Sine Wessels, M. Bremer, Georg Schmidt und Willy Kasper eine Glanzleistung schauspielerischen Könnens. Leider wurde die Gesamtleistung durch Hans Parge, der seine Komikermanieren nicht verleugnen konnte, stark beeinträchtigt.

—auslohen.

Nationalsozialistischer Deutscher Aerztebund, Gau Weser-Ems. Oeffentliche Versammlung für Mitglieder und deutsche Gäste aus dem Aerzte-, Apotheker-, Tierärzte- und Zahnärztestand, am Dienstag, 16. Februar 1932, abends 20.30 Uhr, Bremen, Hotel Magdeburger Hof, an der Weide 41-42. Es spricht Pg. Dr. med. Deuschl München, Geschäftsführer des Bundes, über: „Was wollen wir nationalsozialistischen Aerzte?"

Das Rodeln der Kinder am Osterdeich hat zu Unglücksfällen geführt, die das Ertrinken der Verunglückten hätte zur Folge haben können. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß das Rodeln am Osterdeich auf der **Strecke zwischen der Lüneburgerstraße und dem Stelwall verboten ist**, daß aber auch an anderen Stellen in der Nähe von Gewässern immer eine gewisse Gefahr für die den Rodelsport ausübenden Kinder besteht, in die Gewässer hineinzufahren. Eltern und Erzieher sollten es darum nicht an eindringlicher Belehrung der Kinder fehlen lassen.

Handwerksmeister gehen stempeln

In der Generalversammlung der Ortsgruppe Aumund im Kreishandwerkerbund Blumenthal wurde mitgeteilt, daß durch die katastrophale Lage des Handwerks einige Handwerksmeister in die Notlage gekommen sind, beim Arbeitsnachweis stempeln gehen zu müssen. Wenn die Beschäftigungslosigkeit weiter anhält, würden weitere Handwerksmeister der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen müssen. Gefordert wurde für die Gemeinde der Abbau der Berufsschule und vor allem Aufhebung der Haushaltungsschule, da letztere keinen Staatszuschuß erhalte und der Gemeinde jede Schülerin 335 RM. koste.

Segelflugsport in Bremervörde

Bremervörde, 9. Febr. Ende Februar wird das Gleitflugzeug „Zögling" der hiesigen Jungflieger-Gruppe fertiggestellt sein. Hervorzuheben ist, daß das Flugzeug von den Mitgliedern der Ortsgruppe selbst erbaut wird. Mit großem Eifer haben sich an der Arbeit zwölf Jungflieger und drei Schüler beteiligt. Um den Platz der hiesigen Ortsgruppe zu besichtigen, weilten am Dienstag Vorstandsmitglieder des Deutschen Luftfahrtverbandes hier; anschließend fanden noch wichtige Besprechungen statt.

Londoner Nationalsozialisten:

Deutschlands Ansehen muß wieder hergestellt werden

Es ist leider eine traurige Tatsache, daß die Deutschen im Auslande sehr wenig zusammenhalten und nur allzuoft in dem fremden Volke, das ihnen Gastfreundschaft gewährt, aufgehen. Wie viel deutschblütige Menschen eigentlich außerhalb der deutschen Grenzen leben, wird sich nie feststellen lassen. Es wird daher eine der höchsten Aufgaben des Nationalsozialismus sein, diese Blutsbrüder der Heimat wieder zurückzugewinnen oder zumindest in Zukunft einen ähnlichen Fehler zu vermeiden.

Wie der Nationalsozialismus zu allen lebensnotwendigen Fragen der Nation Stellung nimmt und auch sofort zum Angriff übergeht, um seine Auffassung durchzusetzen, so auch in der Frage der Auslandsdeutschen. In der „Auslandsabteilung" in Hamburg ist dem zukünftigen Deutschland eine wertvolle Organisation entstanden, eine Organisation, die schon heute die ersten Grundsteine errichtet, auf denen sich einmal die Einigung aller Deutschen aufbauen soll.

Der Nationalsozialismus sucht schon jetzt in allen größeren Städten des Auslandes Fuß zu fassen, indem er die bereits dort ansässigen Nationalsozialisten anspornt, tatkräftig für die Bewegung einzutreten und Propaganda zu treiben. Ueberall heißt es, sich zunächst einmal einen festen Stützpunkt zu schaffen, den man sich am ehesten in der betreffenden Hauptstadt des Landes erringen kann, da hier naturgemäß die Zahl der anwesenden Deutschen am größten ist.

Wie dies für alle Länder gilt, so besonders auch für England, für London. Hier laufen die Fäden des Britischen Imperiums zusammen; in dieser Metropole der Welt Boden gefaßt zu haben, heißt em ordentliches Stück weiter sein. Aber wie dies anfangen?

Was anfänglich fast unmöglich erschien, das wurde zur Wirklichkeit: Inmitten dieser ungeheuren Weltstadt, in der Millionen von Menschen wohnen, fanden sich ganz zufällig einige SA.-Männer; die beschlossen, auch hier, fern der Heimat, den Kampf für Adolf Hitlers Fahne fortzusetzen. In eisernem Zusammenhalt setzten sie von nun an alles daran, die Londoner Deutschen unter dem Hakenkreuzbanner zu sammeln.

In den beiden letzten Monaten des vergangenen Jahres kam es in erster Linie darauf an, die bereits in London wohnenden Nationalsozialisten in der Riesenstadt aufzufinden. Die Methode dazu war gegeben: So wie wir uns getroffen hatten, so mußten auch die anderen gefunden werden.

Drei hervorragende, immer mit Erfolg begleitete, Propagandamittel standen und stehen uns noch immer besonders zur Seite: Das Parteiabzeichen, der Hitlergruß und vor allen Dingen — auf allen Verkehrsmitteln das Lesen des „Völkischen Beobachters" und des „Angriff".

Der Erfolg blieb nicht aus. Innerhalb von zwei Wochen hatte sich unsere kleine Schar von sechs Mann auf dreißig erhöht. Bereits Mitte November konnte die eigene Ortsgruppe von dem Vertreter der Auslandsabteilung, Pg. Lang, gegründet werden. Ende Dezember veranstalteten wir eine Weihnachtsfeier, zu der wir zum erstenmal eine Reihe deutscher Volksgenossen einluden, die der Bewegung noch nicht angeschlossen waren.

Ein SA.-Mann sprach über die Bedeutung der SA. und über seine Eindrücke von dem Braunschweiger Treffen. An diesem Abend traten unserer Bewegung zwanzig neue Volksgenossen hinzu, außerdem konnten wir eine ansehnliche Summe der SA. in der Heimat überweisen.

Doch die Weihnachtsfeier wurde im Januar noch bei weitem übertroffen durch einen großen Werbeabend unserer Ortsgruppe, auf dem der Leiter der Auslandsabteilung, Pg. Dr. Nieland, MdR., Hamburg, sprach. Zweihundert Deutsche nahmen an dieser Veranstaltung teil, viele bekamen an diesem Abend zum erstenmal ein klares Bild über unsere Idee und unsere Ziele.

Wie in der Heimat, hatten wir auch hier die Wände mit Transparenten geschmückt. der Stolz der Ortsgruppe aber war die neue Hakenkreuzfahne, die ein Pg. vom Braunen Hause aus München mitgebracht hatte .

Die SA.-Leute hatten es sich nicht nehmen lassen, die seltene Gelegenheit auszunutzen und das Braunhemd zu tragen. Daran störte sie weder Polizei noch irgendein Kriminalbeamter. Mit dem Liede unseres Horst Wessel, das hier genau so begeistert wie in Deutschland gesungen wird, schloß der für uns so erfolgreiche Abend.

Weitere werden folgen. Es gilt gerade hier in London eine äußerst starke Ortsgruppe zu schaffen. Alle in England ansässigen Deutschen oder Deutschbürtigen müssen von London aus unter dem Hakenkreuz vereinigt werden. Wir wollen nicht, daß unsere Volksgenossen unserem Vaterlande verloren gehen.

Die deutsche Kolonie in London muß aus unserer Ortsgruppe neu entstehen.

In Zukunft soll sich jeder Auslandsdeutsche bewußt sein: wohin er auch geht, wo er auch spricht, überall vertritt er im seiner Person Deutschland.

Der Ausländer ist nur allzuleicht geneigt, von einer Person gleich auf die Gesamtheit zu schließen. Es gibt immer noch Tausende von Auslandsdeutschen, die ihr Vaterland verleugnen, ihr Deutschtum ablegen. Diesen schlimmen Geist auszutreiben, haben wir uns zum Ziel gesetzt. Der Nationalsozialismus soll und wird ihnen einen besseren Geist, eine höhere Auffassung von ihrem Deutschtum geben. Gleichzeitig versuchen wir Nationalsozialisten in England, überall dort, wo wir mit der Bevölkerung zusammentreffen, sei es geschäftlich oder an den Kaminfeuern in ihren Häusern, ihnen von unserer herrlichen Bewegung mitzuteilen oder die noch sehr häufig bei ihnen vorhandenen Irrtümer über den Nationalsozialismus zu beseitigen.

Schon heute wollen wir das englische Volk darauf vorbereiten, daß unsere Bewegung die Macht in Deutschland übernehmen wird.

Als besonderes Zeichen unseres Erfolges mag hervorgehoben werden, daß es uns als zweiter Auslandsgruppe gelungen ist, uns ein eigenes Parteiheim zu schaffen. Es ist nur klein, aber es stellt doch in der Millionenstadt eine Stätte dar, wo wir uns wie in Deutschland fühlen können.

Die Namen unserer in diesem Jahre gefallenen Kameraden hefteten wir zur ewigen Mahnung an die Wand. Ein besonderer Ansporn auch für uns Londoner Nationalsozialisten, **unsere Pflicht zu tun und dem Nationalsozialismus zu dienen wie wir nur können. Fern der Heimat trauern wir mit dem gesamten nationalen Deutschland um** die gemordeten Kameraden. Auch wir wollen nicht ruhen noch rasten, bis das neue Deutschland das „Dritte Reich" geschaffen hat.

SA.-Mann Ludwig Ziehen
Ortsgruppe London

Spielplan der Vereinigten Theater

Die Direktion der Vereinigten Theater schreibt uns:

Ab Freitag, den 12 d. Mts., läuft im Metropol-Theater der neue glänzende Tonfilm-Lachschlager „Die spanische Fliege", nach dem berühmten gleichnamigen Bühnenwerk von Arnold und Bach. Ein heimlicher Genießer mit einer ehrenfesten Gattin, eine spanische Tänzerin aus Bautzen, mit einem gar nicht vorhandenen Sohn, ein Schwager auf Abwegen und ein alter Onkel auf Irrwegen, dazu noch zwei Schwiegersöhne mit verwechselten Schwiegertöchtern, zwei Väter, die ja welche sind, müssen zu einem Wirbel tollster Verwechselungen führen, um so mehr, wenn Fritz Schulz, der gar nicht vorhandene Sohn, aber ein Schwiegersohn, Oscar Sabo, der heimliche Genießer, Ralph Arthur Roberts, der Schwager auf Abwegen, Hans Brausewetter, der andere Schwiegersohn, Betty Bird und Lizzi Natzler die verwechselten Töchter, Julie Gerda die sittenstrenge Gattin und Paul Biensfeldt der Onkel auf Abwegen sind. Die flotte und schmissige Musik schrieb Jean Gilbert. Als ganz besondere sensationelle Neuheit wird noch „Der gehorchende Film" „Mal was anderes" gezeigt! Was ist „Der gehorchende Film"? Es ist eine originelle und spannende Filmgeschichte, bei der das Publikum unter Mitwirkung eines Conferenciers in den Gang der Handlung eingreifen kann und selbst den weiteren Verlauf zu bestimmen in der Lage ist. Mehr soll für heute über diese aufsehenerregende Neuheit nicht verraten werden.

Im Kaiser-Theater läuft ab Freitag, den 12. d. Mts., der mit größtem Erfolg kürzlich gezeigte Ton-Lustspiel-Schlager „Der verjüngte Adolar" mit Hans Moser in der Titelrolle und Ida Wüst, Trude Berliner, Fritz Schulz, Georg Alexander, Grete Natzler u. a. in weiteren Hauptrollen. Als zweiter Film läuft dabei noch der Carlo-Aldini-Film „Das verschwundene Testament". Der große Tonfilm-Sittenschlager „Dirnentragödie" (Zwischen Nacht und Morgen) mit Aud Egede Nissen, Oskar Homolka und Rolf van Goth in den Hauptrollen gelangt ab Freitag, den 12. d. Mts., im Apollo-Theater zur Vorführung. Hier läuft als zweiter Film das Abenteuer-Schauspiel „Der Lockruf der Berge" mit Gary Cooper und Lupe Velez in den Hauptrollen.

Im Hansa-Theater wird auf vielseitigen Wunsch die prächtige Ufa-Tonfilm-Komödie „Der Mann, der seinen Mörder sucht" mit Heinz Rühmann, Lien Deyers, Hermann Speelmann u. a. gezeigt.

Die so überaus erfolgreiche Kalmansche Tonfilm-Operette „Ronny" mit Willy Fritsch, Käthe von Nagy, Kurt Vespermann u. a. in den Hauptrollen, läuft ab Freitag, den 12. d. Mts., in dem Palast-Theater.

Anklage gegen den Hamburger Senat

Auf Antrag der Nationalsozialisten in der Hamburger Bürgerschaft ist ein Untersuchungsausschuß eingesetzt worden zur Prüfung der unerhörten Mißstände bei der Polizei des marxistischen Senators Schönfelder. Dieser Ausschuß hat das Hamburg gegen den Volkswillen beherrschende System in Aufregung gebracht. Zur Sabotage des Untersuchungsausschusses hat nun der Senat zu einem unerhörten Mittel gegriffen, der das Ansehen und die Ehre der Hamburger Bürgerschaft aufs schwerste verletzt. „Zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und zur Wahrung der Sicherheit des Staates" hat der Hamburger Senat den Beamten und Angestellten der Ordnungs- und Staatspolizei verboten vor dem Untersuchungsausschuß zu erscheinen und auszusagen. Alle sonstigen Beamten dürfen Vorladungen nur mit vorheriger Zustimmung des Senats Folge leisten, Akten und Unterlagen werden dem Ausschuß verweigert! — Dieser Eingriff des marxistisch-staatsparteilichen „geschäftsführenden" Senates bedeutet einen unerhörten Eingriff in die Rechte der Volksvertretung zur Verhüllung der Mißstände bei der Polizei. Die Hamburger Nationalsozialisten werden als Wortführer der gesamten Bevölkerung den Senat hierfür vor dem Staatsgerichtshof zur Rechenschaft ziehen und wegen der zumindestens grob-fahrlässigen Verletzung der Verfassung Anklage erheben. Es geht um das Recht und die Ehre der Hamburger Volksvertretung, die von einer Minderheit vergewaltigt werden soll!

Keine öffentlichen Mittel für die olympischen Spiele 1936!

Der Nachrichtendienst der völkischen Turnbewegung schreibt: Obwohl zur Zeit jeder zwanzigste Berliner Wohlfahrtsunterstützung, jeder achte Berliner Erwerbslosenunterstützung erhält, suchen international gerichtete Sportkreise für die im Jahre 1936 in Berlin geplanten internationalen olympischen Spiele Stimmung zu machen. Reich, Staat und Gemeinde Berlin sollen die gewaltigen Kosten übernehmen.

Da keine der in Berlin vorhandenen Wettkampf-Anlagen ausreichend sei, müßten ausgedehnte bauliche Erweiterungen des Berliner Stadions stattfinden, ferner sei die Schaffung eines „olympischen Dorfes" notwendig, um Wohngelegenheiten für die Teilnehmer sicherzustellen. — Das würde bedeuten, daß große Teile des Grunewalds abgeholzt werden, die dann zweifellos später der Bauspekulation anheimfallen würden. Berlins an sich schon kümmerliche Grünflächen würden dadurch weiter bedenklich verringert werden! Zugleich fordern aber die Freunde der internationalen olympischen Spiele die Einrichtung neuer und umfangreicher Verkehrsmöglichkeiten, um den in der Innenstadt wohnenden Teilnehmern die Erreichung des Stadions bequem und schnell zu ermöglichen. Die Durchführung dieser Pläne erfordert Millionen Mark! Da die internationalen sportlichen Wettkämpfe für die nationale Ertüchtigung und Erziehung des deutschen Volkes vollkommen wertlos sind, und angesichts der furchtbaren wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes, die hervorgerufen ist durch den Vernichtungswillen der Feindmächte, erheben wir schärfsten Einspruch gegen die Verwendung öffentlicher Mittel für den genannten Zweck!

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 11. Februar 1932

15.05 Börsenfunk. 15.35 Schiffahrtsfunk. 16 Deutsche Jugendstunde. 16.30 Arthur-Sakheim-Gedenkstunde. 17 Das bunte Programm. 18.05 Mieterfragen. 18.30 Stunde der Werktätigen. 18.55 Sozialpolitische Umschau (Vortrag). 19.20 Frankfurter Abendbörse, Hamburger Eiernotierungen. 19.25 Wetterdienst. 19.30 Goethes Leben ein Meisterwerk (Vortrag). 20.15 Erstes Goethekonzert im Goethe-Jahr 1932: Beethoven—Litzt (Norag-Orchester). 21.45 Nachrichtendienst. 22.05 Aktueller Dienst. 22.15 Tanzmusik (Fritz Gartz). 23.20 Eisbericht.

Freitag, 12. Februar 1932

6.30 Zeitangabe. 6.45 Wetterdienst. 6.50 Morgenmusik. 7 Wiederholung der Abendmeldungen. 7.05 Eisbericht. 7.50 Wetterdienst, Hausfrauenfunk: Pflege des Haares. 10.55 Vorbericht vom Hamburger Schweinemarkt. 11 Deutschkundlicher Schulfunk für das 8. bis 10. Schuljahr. 11.30 Mittagskonzert. 12.10 Wetterdienst, Wintersportmeldungen. 12.20 Börsenfunk. 12.30 Fortsetzung des Mittagskonzerts. 12.55 Nauener Zeitzeichen. 13.15 Wetterdienst, Weser-Wasserstand, Kriminalmeldungen. 13.20 Funkwerbung. 14 Eisbericht, Nachrichtendienst. 15 Wetterdienst.

Die deutsche Frau

Artammädchen!

Die Artamanen stehen in Gruppen von 6 bis 20 Mann auf den Gütern und verrichten Landarbeit.

Die Jungs kommen aus allen deutschen Gauen und allen Berufsschichten. Sie leben in völlig eigener Gemeinschaft innerhalb des Gutsbetriebes und sind in ihrem Leben der Ausdruck nationalsozialistischer Gemeinschaftsgestaltung. Der Führer ist restlos verantwortlich für Leben und Arbeit seiner Kameraden. Zucht und Ordnung in den Gruppen sind streng, die Lebensweise hart, einfach und doch schön.

Neben dem Führer und in engster Zusammenarbeit mit ihm, schaltet und wirtschaftet das Artammädel. Ihren Aufgabenkreis, ihre Stellung innerhalb der großen Gemeinschaft der Jungs, schildert im nachfolgenden die Referentin für Mädelfragen im „Bund der Artamanen".

Der Beruf des Artammädels ist mit der schönste, aber auch der schwerste, den sich ein Mädel erwählen kann. Als einziges weibliches Wesen in einer Burschengruppe von 6 bis 12 Mann, nimmt sie eine oft schwierige Stellung ein. Mit Rat und Tat steht ihr der Führer der Gruppe zur Seite. Mit ihm sind alle Fragen, das Wohl der Gemeinschaft betreffend, zu beraten. **Mädel und Führer müssen uneigennützig Hand in Hand arbeiten, zum Wohle der Gruppe. Unbedingtes gegenseitiges Vertrauen ist die Vorbedingung dafür.**

Die Arbeit des Mädels ist es, für die Verpflegung der Jungen zu sorgen, ihre Wäsche zu säubern und einige Räume — zumeist den gemeinsamen Tagesraum, Küche und das eigene Zimmer — in Ordnung zu halten. **Auf die Verpflegung ist das Hauptaugenmerk zu richten, denn das Essen soll nahrhaft, schmackhaft und dennoch billig sein.** Durchschnittlich beträgt der Verpflegungssatz pro Mann und Tag 1 RM. Dafür sind — außer Milch und Kartoffeln — die gesamten Lebensmittel, Waschmittel usw. zu bestreiten. Ueber die Ausgaben wird genau Buch geführt, und das Mädel hat die Belege und Abrechnung allwöchentlich dem Führer — zwecks Nachprüfung — vorzulegen.

Es heißt sparsam und gut wirtschaften können, will man mit den Jungen in gutem Einklang leben. Ueberall, sagt man, geht der Satz: Die Liebe des Mannes geht durch den Magen. Ob das so unbedingt stimmt, sei dahingestellt. Bei den Artamanen darf man gewiß sagen, daß die Bewertung eines Mädels zur Hauptsache von ihren Kochkünsten abhängig ist. Dabei ist zu bedenken, daß die Jungen aus allen Gauen Deutschlands und den verschiedensten Kreisen kommen; wie schwer es da ist, bei der Magenfrage nur einigermaßen Zufriedenstellendes zu leisten, kann sich jeder lebhaft vorstellen.

Nicht weniger schwer ist es, die kameradschaftliche Bindung mit den Jungen zu finden. Und doch ist das unbedingt nötig. Das Artamhaus soll die zeitweilige Heimat für die ganze Gruppe, und das Mädel darin die mütterliche Kameradin sein, die es den Jungen etwas warm und heimatlich macht. Daß es immer nur etwas sein kann, darüber mag sich jede sofort klar werden, wenn sie bedenkt, wie verschieden die Begriffe von Heimat bei allen sind. **Ueberhaupt ist es bei uns immer nur möglich nach bestem Wissen und Können zu handeln, und dennoch mit Mißerfolgen zu rechnen.** Das sind die Schattenseiten, die nicht übersehen werden dürfen.

Wie schön dagegen das Gruppenleben sein kann, wenn Einigkeit und Zufriedenheit herrschen, davon kann sich nur der eine Vorstellung machen, der es miterlebt hat.

Da sitzt man nach getaner Arbeit beisammen, singt, liest, wälzt die größten Probleme und ist einfach dell begeistert. Langeweile ist wirklich etwas Unbekanntes bei uns Artams — und wenn sich doch einmal jemand gelangweilt fühlt, nun, so muß es schon an ihm selbst liegen.

All die jungen Menschen, mehr oder minder von reinem und vielfältigem Wollen erfüllt, geben heute diese, morgen jene Anregung. Ueberschäumende Jugendlust sorgt für Abwechslung zur Genüge. Da wird Sport getrieben, werden alte Volkstänze getanzt, die Kräfte raufenderweise gemessen — von Letzterem hält sich das Mädel natürlich lieber fern — und anderen Dingen mehr. Es geht nicht gerade zart dabei zu, aber mit der Zeit gewöhnt man sich — auch als Mädel — daran. Immer bis zu einer gewissen Grenze natürlich, ist uns Mädeln, die wir aus sorgsam behütetem Elternhause kommen, dieser rauhe Ton vielleicht ganz gesund. Man verlernt es, überempfindlich zu sein, ohne darum gleich zum Dickhäuter zu werden.

Famos ist die Selbständigkeit unserer Arbeit. Man hat sein kleines Reich für sich und kann sich die Arbeit einteilen, wie man will, wenn nur alles zur rechten Zeit fertig ist.

Im Sommer beginnt unser Tagewerk um 4½ Uhr. Um 5½ Uhr muß die Milchsuppe nebst Broten auf dem Tisch stehen. Dann müssen weitere Brote zum zweiten Frühstück gestrichen werden. Ist um 6 Uhr die ganze Gesellschaft aus dem Hause, atmet man erleichtert auf, verschnauft sich noch etwas und beginnt seine Arbeit. Um 12 Uhr muß das Mittagessen fertig sein. Angenehme Menoen — das gilt dem Neuling, denn uns erscheint es so schon ganz natürlich — verschwinden in kurzer Zeit. Dann ist bis 1½ Uhr Mittagsruhe. Das heißt, keine unbedingte Mittagsruhe: da ist zunächst der Küchendienst, der dem Mädel beim Geschirrspülen hilft, weiter der Wasser- und Holzdienst, der für Wasser- und Holzvorräte zu sorgen hat. Die Jungs verrichten freundlich oder auch weniger freundlich diese nicht gerade sehr beliebten Arbeiten. Und doch ist es für uns Mädels wohltuend, daß die Jungen zu diesen Hilfeleistungen angehalten werden. Wir werden entlastet, und das ist im Sommer oft sehr nötig — **in dem Jungen wird das Empfinden für Ritterlichkeit und Hilfsbereitschaft dem schwächeren Mädel gegenüber gepflegt, und manchem geht bei diesen kleinen Arbeiten doch erst auf, daß unsere Arbeit auch Arbeit ist.**

Bis 4 Uhr, zur Vesperzeit, findet das Mädel auch Zeit zu einer kürzeren oder längeren Ruhepause, je nachdem, wie sie sich ihre Arbeiten einzuteilen weiß. Um 4 Uhr müssen jedenfalls dann gestrichene Brote und Kaffee fertig sein. Nach einer halbstündigen Pause verschwinden die Jungen wieder, um dann um 7 Uhr abends, mit anständigem Hunger, wieder anzurücken. Eine halbe Stunde später wird gegessen. Zumeist ist es warmes Essen. Irgendeine Suppe, oder Bratkartoffeln und Brote, dazu Milch, Tee oder dergleichen. Später wird noch das Geschirr gesäubert, und dann folgt endlich der gemütliche Teil des Tages, der wie schon vorher geschildert, ausgefüllt wird. Zum Schluß legt man sich dann mit einem zufriedenen Seufzen in seine Falle.

Im Winter ist es weit gemütlicher und schöner. Da sind zunächst die Gruppen kleiner und man arbeitet nur 7 bis 8 Stunden am Tag. Dann fühlt man sich tatsächlich wie in einer kleinen Familie und hat Zeit, alles, alles nachzuholen, was der arbeitsreiche Sommer vorenthielt.

So führen wir Artammädels ein schlichtes, anspruchsloses und doch so reiches Leben. Kaum eine von uns, die das kleine Dörfchen und einfache Artamheim mit dem Getriebe der Großstadt und ihren Berufsmöglichkeiten vertauschen möchte.

Hier draußen lernt man, wieder einfach, wieder naturverbunden werden, wenn man es nicht mehr bewußt war, und es wächst dabei die große heilige Sehnsucht nach der eigenen Scholle, im freien Vaterland.

Elfriede Strehe-Göß,
Referentin für Mädelfragen im Bund der Artamanen, Geschäftsstelle Severin, Post Domsühl, Amt Parchim, Mecklenburg.

Rassenhygiene und Erbgesundheitspflege

Stg. Elis. Krüger, Kand. med.

Hygiene lehrt uns die Bedingungen der Erhaltung des Lebens und der Gesundheit. Als Wissenschaft erforscht sie die dazu nötigen Faktoren. Die angewandte praktische Hygiene tritt bei der Verwirklichung der als zweckmäßig erkannten Bedingungen in Beziehung zu den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen. Darum sprechen wir von sozialer Hygiene. Diese sucht die Lebensverhältnisse eines jeden Menschen günstig zu gestalten, so bedeutet sie Fürsorge, Hilfe dem Einzelnen. Ihre Arbeit hat bewußt unter dem Gesichtspunkt der Wirkung auf die Allgemeinheit zu geschehen; denn es ist der höhere Schritt der sozialen Hygiene, daß sie zur Rassenhygiene wird, wenn sie Dauerndes leisten will. Viele sagen nun: Es genügt, daß jedes Individuum durch soziale Hygiene erfaßt wird, so würde man zu einer gesunden Rasse kommen. Aber dies ist ein Trugbild. Der praktische Rassenhygieniker weiß, daß er stets die Erbmasse eines jeden Menschen als gegeben hinzunehmen hat; er kann nur äußere Lebensbedingungen ändern. Anders steht es mit dem Einfluß auf die Erbmasse eines Gesamtvolkes. Hier besteht tatsächlich die Möglichkeit eines direkten Einflusses auf seine Erbmasse, die sich aus den unzähligen Anteilen der einzelnen Volksmitglieder zusammensetzt und zwar: durch Auslese, d. h. durch verschieden starke Fortpflanzung der verschiedenen Erbmassen. So ist die Rassenhygiene im engeren Sinn Hygiene der erblichen Veranlagung oder Erbgesundheitspflege. Zugleich wird sie immer soziale Hygiene sein, die sich mit sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen beschäftigt. Nicht zu verkennen ist die private Rassenhygiene als wichtiger Hilfsfaktor für die Erbgesundheitspflege. Sie zeigt eben dem einzelnen verantwortungsvollen Menschen, was er hier sich und im Familienkreis zur Gesundung seines Volkes tun kann.

Die Rassenhygiene kämpft heute nicht nur für die Vermeidung erblicher Krankheiten, für die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit, sondern sie muß auch die guten Anlagen im Volk zu schützen wissen. Gerade dies ist heute mehr denn je bitter nötig: der Schutz der Anlagen zu geistiger Begabung, aus der sich die kulturelle Leistungsfähigkeit eines Volkes ergibt. Die Rassenhygiene muß mitarbeiten daran, daß ein Volk über eine große Zahl hochbegabter Führer auf den verschiedenen Gebieten des Lebens verfügt; gerade deren Erhaltung ist wichtig!

Der Begründer der modernen Rassenhygiene, Francis Galton, hat dafür das Wort Eugenik geprägt, d. h. wörtlich „Lehre von der guten Rasse". Man hat in Deutschland Rassenhygiene dafür gesagt, es also nur übersetzt. Allerdings ist es auffallend, daß bezeichnenderweise in den letzten Jahren von jüdischer (!) und sozialdemokratischer Seite soviel über Eugenik geschrieben wird. Sie hassen das Wort Rassenhygiene und können sich nicht genug tun, von Eugenik als der „Fortpflanzungshygiene" in pikanter sexueller Aufmachung zu schreiben und so die Volksseele einerseits bewußt zu vergiften, andrerseits die Leute abzuschrecken, sich mit Eugenik, also mit Rassenhygiene zu befassen!

Aber schon Tausende haben den Ernst der Forderung Adolf Hitlers erkannt und hämmern sie ins Volksgewissen, kämpfend für die rassische Erneuerung unseres deutschen Volkes.

(S. Baur-Fischer-Lenz: Menschliche Erblichkeitslehre II.)

Um die Heimat

(Aus dem Buche „Die Törin und ihr Rebell" von Frieda Runge-Hecht. Verlag Fritz Reinhardt, Herrsching am Ammersee.)

Wildung Hartmann geht eigenen Gang. — Da ist keine Spur, die sich sein Jägerauge nicht deutete, kein geknickt Gräslein, das nicht Ursache hätte, und doch sind seine Gedanken vorausgeeilt, hinauf zum Drachenkobel, wohin der Fürst, sein Herr, ihn beordert hatte. —

Der einsame Mann spürt, daß das da oben nicht allein um den Platzhirsch geht. — —

Menschen, die naturverwachsen und erdgebunden in der Einöd leben, haben alle den sechsten Sinn. —

Da stehen sich die Männer gegenüber, im Flackerschein des offenen Feuers. — Als Herr und Gebieter der Fürst — stolz und gerade, mit weit offenen Augen, Wildung Hartmann, sein Jägermeister!

„Ist das Ihr letztes Wort, Hartmann?" — „Stellen Sie diese politischen Machenschaften, die doch zwecklos sind und nur Unheil stiften, ab, ein für allemal?" —

Und hart wie aus Eisen: „Hab ich den Dienst vernachlässigt, Hoheit?" — und, fast gütig, dieser: „Ich hab noch keinen bessern Jägermeister gehabt — denken Sie doch an Ihre Frau, die Lichte — an die Kinder!" — — —

„Herr!", und des Jägermeisters Stimme wird forderlich weich: „Sie und die Kinder — sind sie nicht ein Stück meiner Heimat, die verraten ist?" — Da zürnt der Aeltere: „Das werden Sie immer finden in der Weltgeschichte! Höhe und Tiefstand eines Volkes — fast gesetzmäßig abwechselnd."

— — — „Und immer sind es ein paar ganze Männer gewesen, die da die Geschicke herumgerissen haben in saubere Bahnen!!" — Da zürnt der Fürst: — „Ich warne Sie lange schon, Hartmann, aber Sie sind unverbesserlich! — Wenn der Mond voll ist, bringen Sie mir das Wort, daß sie die Hände aus dem Spiele lassen. Wenn nicht, so sind Sie mein Wildmeister gewesen!" —

Schwer und mühsam fallen die Worte in den durchstackerten Raum — — es ist, als ob „Wildung Hartmann" aus dem Dämmern wachse! — „Herr, so sag ich's frei und offen: — — — Keinem hab ich noch lieber gedient, — und trotzdem bin ich gewillt, meines Dienstes verlustig zu gehen!"

In der Wiege das Jüngste verlangt nach der Mutter — — — sie nimmt es leise vom Lager, — — ein glückliches Lächeln verschönt ihr noch junges Gesicht. — — —

Und als der Kleine den Quell des Lebens gefunden, ist es ganz stille im Raum. — —

Nur der Herz brodelt, hin und wieder springt ein Tropfen über — in die offene Glut. — —

„Wenn er doch käme!" — wünscht die Frau, — und in ihr klingt leise das Glück: „wenn er doch käme, mein Thies!" — — —

Er ist so viel draußen jetzt, bei Wetter und Sturm, nicht nur, um Fallholz zu sammeln! — —

Seit der neue Wildmeister die Männer um sich schart, offen und frei — drüben im Försterhaus —, ist er anders geworden! — — —

Nicht, daß er weniger gut zu ihr wäre! Aber ein Neues, etwas da brennt und lodert, — — das ihn, ihren Mann, sie fühlt es, ohne daß sie es erkennt, — — schöner und männlicher macht, ist über ihn gekommen. — —

Wenn er früher zum Sonntagstrunk ging, so geht er heute, mit noch ein paar Anderen, hinüber, wo des Wildmeisters Jagdhaus steht, und sie kommen nicht wieder vor der sinkenden Nacht.

Da bringt er Bücher mit, Zeitungen, — und wenn sie so sieht, wie seine Augen groß werden und voll leuchtender Kraft, läßt sie ihn still gewähren! — —

Eines nur weiß sie: —

„Da lebt ein Mann irgendwo draußen, im weiten Land, der da aufsteht und zu der Heimat spricht. Der da zum Kampf um die Lebensrechte seines Volkes aufruft, und nach Männern sucht, die, gleich ihm, nur eines wissen: In Treue die Heimat wahren!" — —

Der Kleine an der Brust ist satt; unsäglich rührend langen seine Händchen wieder und wieder nach der Mutter Brust. — —

Ein unbewußt Spiel ist es, voll Süßigkeit und Sinns. — —

Die junge Mutter ist das verkörperte Glück, wie sie so sitzt, und über den vollen Körper das rauhe Leibchen zieht. —

Sie hat alles vergessen um sich, schaut wieder und wieder in ihres Jüngsten kleines, rundes Gesicht, darinnen hell und klug die Augen blauen. —

Schwerer als sonst dröhnt des Mannes Schritt über die Schwelle. — — Dem jungen Weibe greift's plötzlich kalt zum Herzen; — — es ist da etwas, was sie nicht fassen kann. — — Als sie aber des Gefährten große, wahre Augen auf sich warm werden fühlt, steht die Freude neben ihr, — — licht und voll Leben.

„Und Thies, der Wackere, wird für mich Führer sein. — Ich weiß — die Saat, die ich säte, wird blühen und fruchten, unter seiner Hut. —

Still ist's im Raum; die Lampe singt leise — ein Nachtvogel flattert bang und wirr ans Fensterkreuz.

Da steht das Schluchzen der Frau, verzweifelt und schwer, über allem. — „Und wir?, Wildung, — und wir?, wie soll ich leben ohne dich?"

Ruhig bleibt der Mann. Nur, daß das helle Leuchten in seinen Augen erstorben ist! — „Ich habe euch lieb wie die Heimat. Verlaß ich sie nicht um des Freundes willen?" — Da ersaßt das Weib mitten in ihrer Not die Größe solchen Mannestums — und sie denkt plötzlich mit Bitternis daran, daß es doch solch Gewaltiges nicht gibt bei ihrem eigenen Geschlecht! — —

Und jäh kommt sie sich arm vor — und klein — und ist doch so unsagbar stolz, die Lebenskameradin solchen Mannes zu sein. — — Das sagt sie ihm schlicht — und in ihrer warmen Art. —

Und nie wohl, solang sie Seel und Leib zusammen einte, war eine Stunde über ihnen Beiden wie diese!

Und wie sie so auf Schneeschuhen talwärts gleitet, — die ganze Meute ihrer Hunde in ihrer rohen Wildheit helläulend hinter ihr drein, da sieht sie mitten im blauen Licht des Wintertags, gegen die Nothelferkapelle zu, auf Schneereifen den Pfarrer kommen! — — Im schwarzen Rock bebt sich seine Gestalt eigentümlich düster und scharf gegen die Helligkeit des Himmels. — —

Warm steigt's auf in Friederun, und mit einer jähen Wendung fliegt sie ihm entgegen, der, ruhig und still lächelnd, ihr entgegenschaut! — — — Und wie sie so diesem Manne beide Hände zum Gruße reicht, zuckt heiß der Wunsch in ihr auf: „Möchte das Deutsche Volk doch lauter solche Priester haben!" — — —

Das vor ihr ist der Mann, der, als er von seiner Obrigkeit schweren Tadel bekam, daß er nicht auftrete mit all seiner Machtbefugnis gegen die „Neurevolutionäre", nur die eine Frage wußte: „Wenn mir einer sagen kann, was sie verbrochen haben, — gern!" —

Und wie seine Amtsbrüder fast alle einig, ringsum in den Bergdörfern, ihn offen anfeindeten, da wuchs der Zorn des Wahrhaftigen in ihm hoch:

„Wollt ihr besser sein wie diese Bergler? — —

Daß sie die Heimat lieben und eigene Art, bringt sie dem Herrgott nicht fern, sondern nahe! —

Ihr schmäht: Die Religion werde bekämpft! Ich weiß das nicht; ich messe die Religion des Einzelnen nach seinem Tun! — — Und das ist gut! — —

Gerader, treuer und ehrlicher können Menschen nicht sein, und wenn da solche sind, die irren, — bei Christi Jüngern selbst war ein Judas!, — ist deshalb Christi Lehre weniger groß und gewaltig? — — Brüder! — Menschen, die treu der Heimat sind und dem eigenen Blut, sind auch treu ihrem Gott. Wie diesen Gott sie sich denken, — — laßt es ihre Sorge sein! — — —

Volk und Wirtschaft

Fragwürdiger „Wirtschafts-Antrieb"

Interessenten-Interesse am „Einheitstreibstoff"

Vor mehr als Jahresfrist tauchten in der Wirtschaftspresse Treibstoffpläne eines Herrn F. K., Mitarbeiter einer unbedeutenden Berliner Raffinerie auf, die eine lebhafte Diskussion seitens der beteiligten Kreise zu entfesseln vermochten und die Bildung eines besonderen Ausschusses zur Folge hatten. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß hinter diesen Plänen von Anfang an der Einfluß einer sehr gewichtigen Gruppe wirksam war. Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessenten sind auf einem gewissen Totpunkt angelangt. Die Gegensätze sind indessen so scharf aufeinander geprallt und die Argumente für und gegen wurden so vielseitig vom Standpunkt aller möglichen Profitinteressen beleuchtet, daß es notwendig zu sein scheint, zur Frage des Einheitstreibstoffes endlich einmal **vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft** Stellung zu nehmen.

An Stelle des augenblicklichen Durcheinanders von Treibstoffmarken soll ein Einheitsgemisch treten, das sich aus 70 Prozent Monopolsprit und 10 Prozent Methylalkohol zusammensetzt. Zu diesem Plan hat die Presse je nach dem Charakter der hinter ihr stehenden Interessengruppen Stellung genommen. Daß der „Vorwärts" hierbei den Standpunkt der ausländischen Produzenten temperamentvoll vertrat, wird niemand Wunder nehmen.

Ueberraschend wirkt für den unbefangenen Beurteiler, daß bei einem Benzolanteil von 10 Prozent dieser wertvolle Treibstoff nur mit der Hälfte seiner innerdeutschen Produktionsziffer beteiligt werden soll, während gleichzeitig der für Treibstoffzwecke nur sehr bedingt brauchbare, minderwertige, relativ bedeutend teurere und überdies äußerst giftige Methylalkohol ebenfalls einen Anteil von 10 Prozent erhält. Die Erhöhung des Spritanteils von 6 auf 10 Prozent bringt zwar eine gewisse Verteuerung des geplanten Treibstoffs mit sich, würde jedoch einerseits den deutschen Kartoffelmarkt entlasten und andererseits durch Sanierung des Sprittmonopols dem Reich einen Ausgleich dafür bieten, daß es zugunsten der Inlandsproduktion von Treibstoffen auf die hohe Ausgleichsabgabe verzichten müßte.

Im ganzen gesehen, hegen wir gegen diesen Treibstoffplan

schwerste Bedenken.

Die Ausschaltung der halben deutschen Benzolproduktion würde eine einseitige Bevorzugung der J. G. Farben auf Kosten der benzolerzeugenden Industrie und der gesamten Verbraucherschaft bedeuten. Man gewinnt bei Beurteilung des ganzen Planes den Eindruck, daß es sich hier nicht um eine Aktion im Interesse der deutschen Volkswirtschaft, sondern um die Profitpläne einer einflußreichen Interessentengruppe handelt. (!)

Volkswirtschaftlich notwendig wäre dagegen angesichts der protektionistischen Hochflut in der ganzen Welt und des durch diese bedingten Absinkens der deutschen Ausfuhr eine großzügige Maßnahme zur Hebung der inländischen Treibstofferzeugung. Das liberalistische Argument, wir würden den Inlandstreibstoff zu „teuer" erzeugen, verfängt nicht mehr, weil unserer Wirtschaft zur Einfuhr auch der „billigsten" Auslandstreibstoffe infolge unseres Exportschwundes und der Ueberlastung unserer Zahlungsbilanz durch Zins- und Amortisationszahlungen die notwendigen Mittel mehr und mehr schwinden. Kann man das „billige" Auslandsprodukt nicht kaufen, so muß man eben „teurer" selbst erzeugen.

Jede Treibstoffpolitik, die nicht Profitinteressen, sondern der deutschen Volkswirtschaft dienen will, müßte unter allen Umständen die volle Ausnutzung der innerdeutschen Produktionsmöglichkeit zum Ziele haben. Soll dieser Zweck durch Schaffung eines Monopols erreicht werden, so hätte dieses staatlichen Charakter zu tragen, da eine derartige Machtposition unter keinen Umständen einer privaten Profitgruppe auszuliefern darf. Ein Gemisch, das technisch einwandfrei und der Ausnützung der

gesamten innerdeutschen Produktionskapazität dienstbar wäre,

müßte sich annähernd aus 70 Prozent Benzin, 20 Prozent Benzol und 10 Prozent Monopolsprit zusammensetzen. Hiervon können im Inlande heute erzeugt werden: Leuna-Benzin 350 000 Tonnen, Preußag-Benzin 40 000 Tonnen, sonstige 20 000 Tonnen, Benzol 225 000 Tonnen, Sprit 105 000 Tonnen, zusammen 740 000 Tonnen. Bei einem Gesamtbedarf von 1 620 000 Tonnen bliebe also unter heutigen Verhältnissen eine notwendige Benzineinfuhr von 880 000 Tonnen bestehen, die nach handelspolitischen Gesichtspunkten zu vergeben wäre. Eine weitere Kapazitätssteigerung unserer Veredelungsindustrie müßte in kürzester Zeit erreichen, daß an Stelle dieser Benzineinfuhr eine entsprechende Rohöleinfuhr tritt. Zudem ist noch nicht abzusehen, ob sich die Kohlehydrierung nicht doch demnächst als wirtschaftlich brauchbar erweisen wird, und auch die Entdeckung immer neuer innerdeutscher Oelvorkommen läßt hoffen, daß in absehbarer Zeit auch die Rohöleinfuhr weitgehend vermindert werden könnte. (Im nationalsozialistischen Staat wäre es allerdings auch nicht möglich, daß ergiebige Oelfelder in Deutschland von ausländischen Firmen erworben werden nur zu dem Zweck, einen großen Zaun um sie zu bauen und ihre Ausbeutung im Interesse der deutschen Volkswirtschaft zu verhindern.)

Schließlich stellt der Einwand, daß eine so erhebliche Importdrosselung unsere Ausfuhr gefährden müsse, die Tatsachen auf den Kopf. Es ist vielmehr die Drosselung unserer Ausfuhr durch die Importkontingentierung seitens unserer Nachbarn die im Verein mit der Verzinsung und Amortisation unserer ungeheuren Auslandsschuld uns zwingt, die deutsche Einfuhr auf ein Mindestmaß herabzudrücken.

Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen

Berlin, 10. Febr. Die Wohlfahrtserwerbslosen haben nach einer Meldung des Deutschen Städtetages im Januar weiter zugenommen. Allein in den Städten über 25 000 Einwohner (mit einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen) wurden Ende Januar

1 195 090 Wohlfahrtserwerbslose (Dezember 1 108 030)

ermittelt. Das bedeutet eine Erhöhung von rund 8 v. H. Mehr als ein Zehntel der Wohlfahrtserwerbslosen (insgesamt 124000) sind Jugendliche unter 21 Jahren. Außer den Wohlfahrtserwerbslosen mußten die Städte über 25 000 Einwohnern Ende Januar noch 176 000 Empfänger von Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge laufend zusätzlich betreuen.

Ueber 60000 Mk. Gehalt für jeden Direktor

Der Jahresabschluß der Berliner Hypothekenbank, der mit einem Reingewinn von 0,97 Millionen und der Ausschüttung einer Dividende von 9 Prozent endigte, gibt erstmalig auch die Gehälter der Direktoren bekannt. Diese betragen einschließlich des Gewinnanteils rund 62 500 Mark je Kopf. Die Löhne und Gehälter der Angestellten und Beamten dagegen werden alle paar Monate abgebaut und zum 1. März steht ein neuer Gehaltsabbau bevor.

Man kann sich wirklich nicht wundern, wenn das Volk rebellisch wird!

Höchste Zeit

Kaufmännische Ehrengerichte?

In einer Sitzung der Breslauer Industrie- und Handelskammer wurde der Wunsch ausgesprochen, scharf abzurücken von jenen unlauteren Elementen in Industrie und Handel, die in letzter Zeit zu den bekannten Skandalen und den jetzigen und noch kommenden Prozessen Anlaß gegeben haben. Der „ehrliche" Kaufmann müsse wieder zur Geltung kommen. — Vom Präsidenten Dr. Grund wurde darauf mitgeteilt, daß vom Deutschen Industrie- und Handelstag in dieser Richtung bereits Schritte unternommen worden seien. Der Gedanke, kaufmännische Ehrengerichte einzurichten, werden schon in der nächsten Zeit in die Tat umgesetzt werden. Man werde bemüht sein, alle unlauteren Elemente so schnell wie möglich aus der deutschen Wirtschaft auszumerzen . . . Hoffen wir das Beste!

158800 neue Wohnungen in Preußen im Jahre 1931

Auf Grund der Feststellungen des Preußischen Statistischen Landesamtes ist die Gesamtzahl der 1931 neu hergestellten Wohnungen in ganz Preußen mit 158800 anzunehmen. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um fast 56000 Wohnungen. Das Ergebnis der Wohnungsherstellung, das bisher von Jahr zu Jahr anstieg, ist damit erheblich unter den Stand des Jahres 1927 gesunken.

Ohne Juden geht's nicht!

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht in Nr. 30 vom 5. Februar 1932 folgendes:

In Abänderung der Bekanntmachung der Handelsvertretung der UdSSR. in Deutschland vom 8. Januar 1931 (Reichsanzeiger Nr. 2).

A. I. a) und B. I.a) Isidor Lubimoff, Leiter der Handelsvertretung der UdSSR. in Deutschland (Handelsvertreter) allein — wird gestrichen. An seine Stelle tritt Israel Wetzer.

Kärntner Bauernführer tritt zur NSDAP über

Auch durch die österreichische Bauernschaft geht ein Erwachen, und Tag für Tag schließen sich mehr Bauern der NSDAP. an. Nunmehr hat dieser Gesinnungswandel auch auf die Führer übergegriffen. **Der Hauptschriftleiter der „Allgemeinen Bauern-Zeitung", Dr. Robert Osner,** ist soeben zur NSDAP. übergetreten. Als Grund gibt er an, daß er das Verhalten des Landbundes und seiner Führer gegenüber der deutschen Erneuerungsbewegung Adolf Hitlers und besonders das der Wiener Landbundführung bei der letzten Regierungsbildung nicht länger mit seiner Ueberzeugung vereinbaren könne.

Das Gold der Emmissionsbanken in Europa

Ende 1931 haben die Reserven der 14 Hauptstaaten Europas 28 820 Millionen Mark erreicht gegen 20 450 Millionen im Jahre 1930 und 18 451 Millionen im Jahre 1929.

Die Verteilung auf die Länder ist folgende:

	In Millionen Mark	
	1929	1931
Frankreich	6 854.5	11 396.4
England	2 982.6	2 467.9
Schweiz	483	1 944.6
Spanien	2 073.4	1 820.2
Belgien	685.9	1 490.2
Holland	755.1	1 483.5
Italien	1 146.7	1 242.8
Deutschland	2 283.1	979

Aus dieser Aufstellung ist vollkommen klar ersichtlich, daß Frankreich allein mehr Gold besitzt als alle anderen europäischen Staaten zusammen.

Ruhrbergbau und Pfundentwertung

Die geplanten Gegenmaßnahmen

Für die Lage des Ruhrbergbaus ist bezeichnend, daß Ende 1931 die arbeitstägliche Förderung nur noch rund 66 Prozent des Durchschnitts der Förderung von 1929 betrug, daß im Laufe des Jahres 1931 die Syndikatsumlage um 1.69 Mark je t erhöht werden mußte, daß der Erlös je t im Dezember 1931 gegenüber dem Durchschnitt 1929 um 3,57 Mark geringer war und daß

die Belegschaft jetzt nur noch rund 215 000 Mann beträgt gegenüber 376 000 im Durchschnitt 1929.

Seit Beginn dieses Jahres haben alle Zahlen noch eine weitere erhebliche Verschlechterung erfahren.

Zu dieser Entwicklung hat neben der allgemeinen Wirtschaftskrise vor allem beigetragen die englische Pfundentwertung. Während die Kohlenausfuhr Englands im 4. Vierteljahr 1931 gegenüber der des 1. Vierteljahres um 9 Prozent höher war, ist die deutsche in derselben Zeit um 12 Prozent zurückgegangen; im neuen Jahr ist ein weiteres Absinken um rund 20 Prozent mit der Tendenz zur noch stärkeren Verschlechterung festzustellen; die Pfundentwertung bedeutet für England einen Preisvorsprung von rund einem Drittel des bisherigen Preises, d. h. um rund 5 bis 6 Mark je Tonne. Gegenüber dieser Entwicklung hat sich die bisherige Art der Kontingentierung der englischen Kohleneinfuhr nach Deutschland als praktisch völlig bedeutungslos herausgestellt; denn diese ist im Laufe des Jahres 1931 sogar noch um fast 24 Prozent gestiegen, nämlich auf 1,1 Mill. t im 4. Vierteljahr 1931, da Frankreich und Belgien sich durch schärfere Kontingentierung durch Erhebung von Valutaausgleichszöllen usw. gegen die englische Einfuhr zu wehren verstanden, ist diese dorthin auf 87,8 Prozent bezw. auf 66.7 Prozent zurückgegangen. Auch die Senkung der Küstentarife um eine Mark bezw. 1.50 Mark hat sich nicht als ausreichend erwiesen, da sie nur 20—25 Prozent des Ausmaßes der Entwertung erreichte.

In dieser Situation beabsichtigt der Ruhrbergbau einen Antrag auf Herabsetzung der Kontingentsmengen auf ein Drittel und die Anpassung an die Valutaentwertung einen

Ausgleichszoll von 30 Prozent.

Der Ruhrbergbau erkennt die nun einmal gewordenen und gegebenen wirtschaftsgeographischen Bedingtheiten an. Er beantragt deshalb kein Einfuhrverbot, sondern nichts anderes als nur einen Ausgleich gegenüber dem durch die Pfundentwertung geschaffenen Zustand, d. h. die Wiederherstellung des früheren Verhältnisses. Der Ruhrbergbau will mit seinen Anträgen nur die endliche Einführung von Gegenmaßnahmen, die andere Länder schon längst ergriffen haben.

Kürzung der Unfallrenten?

Neuer Anschlag der bankrotten System-Parteien auf die Sozialversicherung

Es ist damit zu rechnen, daß in dieser Woche die Vorbesprechungen innerhalb der beteiligten Reichsressorts und auch die Fühlungnahme mit den Ländern über die geplante „Reform der Sozialversicherung" beginnen. Ohne Defizit arbeiten augenblicklich nur noch die Angestelltenversicherung und die in reiner Selbstverwaltung arbeitenden Krankenkassen.

Bei der Invalidenversicherung besteht bereits ein Defizit von 200 Millionen Reichsmark.

Bei den Besprechungen mit den Ländern wird es sich vor allem um die Frage handeln, ob die Länder, die jetzt beim Reich zahlreich um Ueberlassung von Reichsgeldern zum Ausgleich ihres Haushaltes vorstellig geworden sind, glauben, finanzielle Erleichterungen durch eine Reform des Krankenkassenwesens befürworten zu können, und wie sie sich in ihrem Bereich die Reform der Sozialversicherung vorstellen. Der an das Reichsarbeitsministerium gerichtete Wunsch der System-Parteien auf erhebliche Kürzung der Unfallrenten soll Aussicht auf baldige Erfüllung bieten.

Im Reichsarbeitenministerium weist man darauf hin, daß die Unfallversicherung augenblicklich die teuerste Sozialversicherung darstellt hinsichtlich ihrer Verwaltungskosten.

In der Unfallversicherung gebe es Geschäftsführer, die ein Jahreseinkommen von 40 000 Mark beziehen, also mehr als der Reichskanzler.

Die Unfallversicherung wird bisher lediglich durch Vertreter aus den Arbeitgeberkreisen verwaltet, wie auch die Beiträge zur Unfallversicherung von den Arbeitgebern in Gestalt von Umlagen auf die Betriebe aufgebracht werden. Was die Beitragsfrage anlangt, so sind die Arbeitnehmer mithin lediglich indirekt an der Unfallversicherung beteiligt und haben zur Zeit in der Verwaltung dieser Versicherung noch gar kein Mitwirkungsrecht.

* * *

Das fehlte noch: Kürzung der Renten! Aber vielleicht wird der stürmisch vordringende Nationalsozialismus den Gewerkschaften vom System keine Zeit mehr lassen, den Sozialversicherten ihre Rechte zu beschneiden!

Fauler Ausreden

Gegen die Verringerung der Belegschaft im Ruhrbergbau

Dr. Frick und Genossen hatten am 19. Januar 1932 in einer Anfrage an die Reichsregierung diese gefragt, ob sie gewillt sei, durch sofortige Maßnahmen, insbesondere durch völlige Unterbindung oder durch stärkere Herabsetzung der Kohleneinfuhr aus dem Ausland, zu verhindern, daß der gesamte Ruhr-Kohlenbergbau zusammenbricht, und, zu den bisher arbeitslos gewordenen, weitere Tausende von Bergleuten ihren Arbeitsplatz verlieren.

Hierauf hat am 4. Februar 1932 der Reichswirtschaftsminister Warmbold geantwortet, daß die Reichsregierung mit Rücksicht auf die Notlage im deutschen Kohlenbergbau die zur Anpassung der englischen Kohleneinfuhr an den zurückgegangenen deutschen Kohlenverbrauch „erforderlichen Maßnahmen" getroffen habe.

Volk und Wirtschaft

Fragwürdiger „Wirtschafts-Antrieb"

Interessenten-Interesse am „Einheitstreibstoff"

Vor mehr als Jahresfrist tauchten in der Wirtschaftspresse Treibstoffpläne eines Herrn F. K., Mitarbeiter einer unbedeutenden Berliner Raffinerie auf, die eine lebhafte Diskussion seitens der beteiligten Kreise zu entfesseln vermochten und die Bildung eines besonderen Ausschusses zur Folge hatten. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß hinter diesen Plänen von Anfang an der Einfluß einer sehr gewichtigen Gruppe wirksam war. Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessenten sind auf einem gewissen Totpunkt angelangt. Die Gegensätze sind indessen so scharf aufeinander geprallt und die Argumente für und gegen wurden so vielseitig vom Standpunkt aller möglichen Profitinteressen beleuchtet, daß es notwendig zu sein scheint, zur Frage des Einheitstreibstoffes endlich einmal **vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft** Stellung zu nehmen.

An Stelle des augenblicklichen Durcheinanders von Treibstoffmarken soll ein Einheitsgemisch treten, das sich aus 70 Prozent Monopolsprit und 10 Prozent Methylalkohol zusammensetzt. Zu diesem Plan hat die Presse je nach dem Charakter der hinter ihr stehenden Interessengruppen Stellung genommen. Daß der „Vorwärts" hierbei den Standpunkt der ausländischen Produzenten temperamentvoll vertrat, wird niemand Wunder nehmen.

Ueberraschend wirkt für den unbefangenen Beurteiler, daß bei einem Benzolanteil von 10 Prozent dieser wertvolle Treibstoff nur mit der Hälfte seiner innerdeutschen Produktionsziffer beteiligt werden soll, während gleichzeitig der für Treibstoffzwecke nur sehr bedingt brauchbare, minderwertige, relativ bedeutend teurere und überdies äußerst giftige Methylalkohol ebenfalls einen Anteil von 10 Prozent erhält. Die Erhöhung des Spritanteils von 6 auf 10 Prozent bringt zwar eine gewisse Verteuerung des geplanten Treibstoffs mit sich, würde jedoch einerseits den deutschen Kartoffelmarkt entlasten und andererseits durch Sanierung des Sprittmonopols dem Reich einen Ausgleich dafür bieten, daß es zugunsten der Inlandsproduktion von Treibstoffen auf die hohe Ausgleichsabgabe verzichten müßte.

Im ganzen gesehen, hegen wir gegen diesen Treibstoffplan

schwerste Bedenken.

Die Ausschaltung der halben deutschen Benzolproduktion würde eine einseitige Bevorzugung der J. G. Farben auf Kosten der benzolerzeugenden Industrie und der gesamten Verbraucherschaft bedeuten. Man gewinnt bei Beurteilung des ganzen Planes den Eindruck, daß es sich hier nicht um eine Aktion im Interesse der deutschen Volkswirtschaft, sondern um die Profitpläne einer einflußreichen Interessentengruppe handelt. (!)

Volkswirtschaftlich notwendig wäre dagegen angesichts der protektionistischen Hochflut in der ganzen Welt und des durch diese bedingten Absinkens der deutschen Ausfuhr eine großzügige Maßnahme zur Hebung der inländischen Treibstofferzeugung. Das liberalistische Argument, wir würden den Inlandstreibstoff zu „teuer" erzeugen, verfängt nicht mehr, weil unserer Wirtschaft zur Einfuhr auch der „billigsten" Auslandstreibstoffe infolge unseres Exportschwundes und der Ueberlastung unserer Zahlungsbilanz durch Zins- und Amortisationszahlungen die notwendigen Mittel mehr und mehr schwinden. Kann man das „billige" Auslandsprodukt nicht kaufen, so muß man eben „teurer" selbst erzeugen.

Jede Treibstoffpolitik, die nicht Profitinteressen, sondern der deutschen Volkswirtschaft dienen will, müßte unter allen Umständen die volle Ausnutzung der innerdeutschen Produktionsmöglichkeit zum Ziele haben. Soll dieser Zweck durch Schaffung eines Monopols erreicht werden, so hätte dieses staatlichen Charakter zu tragen, da eine derartige Machtposition unter keinen Umständen einer privaten Profitgruppe ausgeliefert werden darf. Ein Gemisch, das technisch einwandfrei und der Ausnützung der

gesamten innerdeutschen Produktionskapazität dienstbar wäre,

müßte sich annähernd aus 70 Prozent Benzin, 20 Prozent Benzol und 10 Prozent Monopolsprit zusammensetzen. Hiervon können im Inlande heute erzeugt werden: Leuna-Benzin 350 000 Tonnen, Preußag-Benzin 40 000 Tonnen, sonstige 20 000 Tonnen, Benzol 225 000 Tonnen, Sprit 105 000 Tonnen, zusammen 740 000 Tonnen. Bei einem Gesamtbedarf von 1 620 000 Tonnen bliebe also unter heutigen Verhältnissen eine notwendige Benzineinfuhr von 880 000 Tonnen bestehen, die nach handelspolitischen Gesichtspunkten zu vergeben wäre. Eine weitere Kapazitätssteigerung unserer Veredelungsindustrie müßte in kürzester Zeit erreichen, daß an Stelle dieser Benzineinfuhr eine entsprechende Rohöleinfuhr tritt. Zudem ist noch nicht abzusehen, ob sich die Kohlehydrierung nicht doch demnächst als wirtschaftlich brauchbar erweisen wird, und auch die Entdeckung immer neuer innerdeutscher Oelvorkommen läßt hoffen, daß in absehbarer Zeit auch die Rohöleinfuhr weitgehend vermindert werden könnte. (Im nationalsozialistischen Staat wäre es allerdings auch nicht möglich, daß ergiebige Oelfelder in Deutschland von ausländischen Firmen erworben werden nur zu dem Zweck, einen großen Zaun um sie zu bauen und ihre Ausbeutung im Interesse der deutschen Volkswirtschaft zu verhindern.)

Schließlich stellt der Einwand, daß eine so erhebliche Importdrosselung unsere Ausfuhr gefährden müsse, die Tatsachen auf den Kopf. Es ist vielmehr die Drosselung unserer Ausfuhr durch die Importkontingentierung seitens unserer Nachbarn die im Verein mit der Verzinsung und Amortisation unserer ungeheuren Auslandsschuld uns zwingt, die deutsche Einfuhr auf ein Mindestmaß herabzudrücken.

Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen

Berlin, 10. Febr. Die Wohlfahrtserwerbslosen haben nach einer Meldung des Deutschen Städtetages im Januar weiter zugenommen. Allein in den Städten über 25 000 Einwohner (mit einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen) wurden Ende Januar

1 195 000 Wohlfahrtserwerbslose
(Dezember 1 108 030)

ermittelt. Das bedeutet eine Erhöhung von rund 8 v. H. Mehr als ein Zehntel der Wohlfahrtserwerbslosen (insgesamt 124000) sind Jugendliche unter 21 Jahren. Außer den Wohlfahrtserwerbslosen mußten die Städte über 25 000 Einwohnern Ende Januar noch 176 000 Empfänger von Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge laufend zusätzlich betreuen.

Ueber 60000 Mk. Gehalt für jeden Direktor

Der Jahresabschluß der Berliner Hypothekenbank, der mit einem Reingewinn von 0,97 Millionen und der Ausschüttung einer Dividende von 9 Prozent endigte, gibt erstmalig auch die Gehälter der Direktoren bekannt. Diese betragen einschließlich des Gewinnanteils rund 62 500 Mark je Kopf. Die Löhne und Gehälter der Angestellten und Beamten dagegen werden alle paar Monate abgebaut und zum 1. März steht ein neuer Gehaltsabbau bevor.

Man kann sich wirklich nicht wundern, wenn das Volk rebellisch wird!

Höchste Zeit

Kaufmännische Ehrengerichte?

In einer Sitzung der Breslauer Industrie- und Handelskammer wurde der Wunsch ausgesprochen, scharf abzurücken von jenen unlauteren Elementen in Industrie und Handel, die in letzter Zeit zu den bekannten Skandalen und den jetzigen und noch kommenden Prozessen Anlaß gegeben haben. Der „ehrliche" Kaufmann müsse wieder zur Geltung kommen. — Vom Präsidenten Dr. Grund wurde darauf mitgeteilt, daß vom Deutschen Industrie- und Handelstag in dieser Richtung bereits Schritte unternommen worden seien. Der Gedanke, kaufmännische Ehrengerichte einzurichten, werden schon in der nächsten Zeit in die Tat umgesetzt werden. Man werde bemüht sein, alle unlauteren Elemente so schnell wie möglich aus der deutschen Wirtschaft auszumerzen ... Hoffen wir das Beste!

158800 neue Wohnungen in Preußen im Jahre 1931

Auf Grund der Feststellungen des Preußischen Statistischen Landesamtes ist die Gesamtzahl der 1931 neu hergestellten Wohnungen in ganz Preußen mit 158800 anzunehmen. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um fast 56000 Wohnungen. Das Ergebnis der Wohnungherstellung, das bisher von Jahr zu Jahr anstieg, ist damit erheblich unter den Stand des Jahres 1927 gesunken.

Ohne Juden geht's nicht!

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht in Nr. 30 vom 5. Februar 1932 folgendes:

In Abänderung der Bekanntmachung der Handelsvertretung der UdSSR. in Deutschland vom 8. Januar 1931 (Reichsanzeiger Nr. 2).

A. I. a) und B. 1.a) Isidor Lubimoff, Leiter der Handelsvertretung der UdSSR. in Deutschland (Handelsvertreter) allein — wird gestrichen. An seine Stelle tritt Israel Wetzer.

Kärntner Bauernführer tritt zur NSDAP über

Auch durch die österreichische Bauernschaft geht ein Erwachen, und Tag für Tag schließen sich mehr Bauern der NSDAP. an. Nunmehr hat dieser Gesinnungswandel auch auf die Führer übergegriffen. **Der Hauptschriftleiter der „Allgemeinen Bauern-Zeitung", Dr. Robert Osner,** ist soeben zur NSDAP. übergetreten. Als Grund gibt er an, daß er das Verhalten des Landbundes und seiner Führer gegenüber der deutschen Erneuerungsbewegung Adolf Hitlers und besonders das der Wiener Landbundführung bei der letzten Regierungsbildung nicht länger mit seiner Ueberzeugung vereinbaren könne.

Das Gold der Emmissionsbanken in Europa

Ende 1931 haben die Reserven der 14 Hauptstaaten Europas 28 820 Millionen Mark erreicht gegen 20 450 Millionen im Jahre 1930 und 18 451 Millionen im Jahre 1929.

Die Verteilung auf die Länder ist folgende:

	In Millionen Mark	
	1929	1931
Frankreich	6 854.5	11 396.4
England	2 982.6	2 467.9
Schweiz	483	1 944.6
Spanien	2 073.4	1 820.2
Belgien	685.9	1 490 2
Holland	755.1	1 483.5
Italien	1 146.7	1 242.8
Deutschland	2 283.1	979

Aus dieser Aufstellung ist vollkommen klar ersichtlich, daß Frankreich allein mehr Gold besitzt als alle anderen europäischen Staaten zusammen.

Ruhrbergbau und Pfundentwertung

Die geplanten Gegenmaßnahmen

Für die Lage des Ruhrbergbaus ist bezeichnend, daß Ende 1931 die arbeitstägliche Förderung nur noch rund 66 Prozent des Durchschnitts der Förderung von 1929 betrug, daß im Laufe des Jahres 1931 die Syndikatsumlage um 1.69 Mark je t erhöht werden mußte, daß der Erlös je t im Dezember 1931 gegenüber dem Durchschnitt 1929 um 3,57 Mark geringer war und daß

die Belegschaft jetzt nur noch rund 215 000 Mann beträgt gegenüber 376 000 im Durchschnitt 1929.

Seit Beginn dieses Jahres haben alle Zahlen noch eine weitere erhebliche Verschlechterung erfahren.

Zu dieser Entwicklung hat neben der allgemeinen Wirtschaftskrise vor allem beigetragen die englische Pfundentwertung. Während die Kohlenausfuhr Englands im 4. Vierteljahr 1931 gegenüber der des 1. Vierteljahres um 9 Prozent höher war, ist die deutsche in derselben Zeit um 12 Prozent zurückgegangen; im neuen Jahr ist ein weiteres Absinken um rund 20 Prozent mit der Tendenz zur noch stärkeren Verschlechterung festzustellen; die Pfundentwertung bedeutet für England einen Preisvorsprung von rund einem Drittel des bisherigen Preises, d. h. um rund 5 bis 6 Mark je Tonne. Gegenüber dieser Entwicklung hat sich die bisherige Art der Kontingentierung der englischen Kohleneinfuhr nach Deutschland als praktisch völlig bedeutungslos herausgestellt; denn diese ist im Laufe des Jahres 1931 sogar noch um fast 24 Prozent gestiegen, nämlich auf 1,1 Mill. t im 4. Vierteljahr 1931, da Frankreich und Belgien sich durch schärfere Kontingentierung durch Erhebung von Valutaausgleichszöllen usw. gegen die englische Einfuhr zu wehren verstanden, ist diese dorthin auf 87,8 Prozent bezw. auf 66.7 Prozent zurückgegangen. Auch die Senkung der Küstentarife um eine Mark bezw. 1.50 Mark hat sich nicht als ausreichend erwiesen, da sie nur 20—25 Prozent des Ausmaßes der Entwertung erreichte.

In dieser Situation beabsichtigt der Ruhrbergbau einen Antrag auf Herabsetzung der Kontingentsmengen auf ein Drittel und die Anpassung an die Valutaentwertung einen

Ausgleichszoll von 30 Prozent.

Der Ruhrbergbau erkennt die nun einmal gewordenen und gegebenen wirtschaftsgeographischen Bedingtheiten an. Er beantragt deshalb kein Einfuhrverbot, sondern nichts anderes als nur einen Ausgleich gegenüber dem durch die Pfundentwertung geschaffenen Zustand, d. h. die Wiederherstellung des früheren Verhältnisses. Der Ruhrbergbau will mit seinen Anträgen nur die endliche Einführung von Gegenmaßnahmen, die andere Länder schon längst ergriffen haben.

Kürzung der Unfallrenten?

Neuer Anschlag der bankrotten System-Parteien auf die Sozialversicherung

Es ist damit zu rechnen, daß in dieser Woche die Vorbesprechungen innerhalb der beteiligten Reichsressorts und auch die Fühlungnahme mit den Ländern über die geplante „Reform der Sozialversicherung" beginnen. Ohne Defizit arbeiten augenblicklich nur noch die Angestelltenversicherung und die in reiner Selbstverwaltung arbeitenden Krankenkassen.

Bei der Invalidenversicherung besteht bereits ein Defizit von 200 Millionen Reichsmark.

Bei den Besprechungen mit den Ländern wird es sich vor allem um die Frage handeln, ob die Länder, die jetzt beim Reich zahlreich um Ueberlassung von Reichsgeldern zum Ausgleich ihres Haushaltes vorstellig geworden sind, glauben, finanzielle Erleichterungen durch eine Reform des Krankenkassenwesens befürworten zu können, und wie sie sich in ihrem Bereich die Reform der Sozialversicherung vorstellen. Der an das Reichsarbeitsministerium gerichtete Wunsch der System-Parteien auf erhebliche Kürzung der Unfallrenten soll Aussicht auf baldige Erfüllung bieten.

Im Reichsarbeitenministerium weist man darauf hin, daß die Unfallversicherung augenblicklich die teuerste Sozialversicherung darstellt hinsichtlich ihrer Verwaltungskosten.

In der Unfallversicherung gebe es Geschäftsführer, die ein Jahreseinkommen von 40 000 Mark beziehen, also mehr als der Reichskanzler.

Die Unfallversicherung wird bisher lediglich durch Vertreter aus den Arbeitgeberkreisen verwaltet, wie auch die Beiträge zur Unfallversicherung von den Arbeitgebern in Gestalt von Umlagen auf die Betriebe aufgebracht werden. Was die Beitragsfrage anlangt, so sind die Arbeitnehmer mithin lediglich indirekt an der Unfallversicherung beteiligt und haben zur Zeit in der Verwaltung dieser Versicherung noch gar kein Mitwirkungsrecht.

* * *

Das fehlte noch: Kürzung der Renten!

Aber vielleicht wird der stürmisch vordringende Nationalsozialismus den Gewerkschaften vom System keine Zeit mehr lassen, den Sozialversicherten ihre Rechte zu beschneiden!

Faule Ausreden

Gegen die Verringerung der Belegschaft im Ruhrbergbau

Dr. Frick und Genossen hatten am 19. Januar 1932 in einer Anfrage an die Reichsregierung diese gefragt, ob sie gewillt sei, durch sofortige Maßnahmen, insbesondere durch völlige Unterbindung oder durch stärkere Herabsetzung der Kohleneinfuhr aus dem Ausland, zu verhindern, daß der gesamte Ruhr-Kohlenbergbau zusammenbricht, und, zu den bisher arbeitslos gewordenen, weitere Tausende von Bergleuten ihren Arbeitsplatz verlieren.

Hierauf hat am 4. Februar 1932 der Reichswirtschaftsminister Warmbold geantwortet, daß die Reichsregierung mit Rücksicht auf die Notlage im deutschen Kohlenbergbau die zur Anpassung der englischen Kohleneinfuhr an den zurückgegangenen deutschen Kohlenverbrauch „erforderlichen Maßnahmen" getroffen habe.